

A1NEU Wahlprogramm Marburg 2021-2016

Gremium: SV Marburg
Beschlussdatum: 25.11.2020
Status: Modifiziert

Text

1 Zukunft entscheidet sich hier

2 Unser Marburg ist eine schöne, weltoffene und lebendige Stadt. Die
3 Marburger*innen sind aktive, engagierte Menschen, denen der Gedanke an eine
4 nachhaltige, lebenswerte Zukunft am Herzen liegt. In der Pandemie hat Marburg
5 mit viel ehrenamtlichem Engagement gezeigt, dass die Menschen hier
6 zusammenhalten und füreinander eintreten.

7 Die Grünen haben maßgeblich über viele Jahre mit dazu beigetragen, dass Marburg
8 Vorreiter in so wichtigen Bereichen wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
9 der Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Jugendförderung, Nachhaltigkeit,
10 Klimaschutz, kultureller Vielfalt wird.

11 Die letzten vier Jahre unter einer rot-schwarzen Regierung waren geprägt von
12 vielen Ankündigungen aber zu wenigen Taten. Medienwirksam werden Dinge
13 angekündigt, beim genauen Hinschauen zeigt sich jedoch, dass nur zaghafte oder
14 oberflächlich an die Probleme herangegangen wird, anstatt nachhaltige Lösungen
15 zu finden.

16 Vier Jahre unter Rot-Schwarz waren verschwendete Jahre für den Klimaschutz in
17 Marburg.

18 Der verabschiedete Klimaaktionsplan ist zwar ein Schritt in die richtige
19 Richtung, allerdings wenig ambitioniert, viel zu unkonkret und ohne klaren
20 Zeitplan zur Umsetzung von Maßnahmen. Das wird insbesondere beim Ausbau der
21 erneuerbaren Energien bei der Windkraft deutlich, wo keine klare Strategie,
22 geschweige denn ein Bekenntnis der Regierungsparteien erkennbar ist.

23 Halbherzigkeit in Sachen Mobilität: Anstatt die notwendige Verkehrswende
24 anzugehen, Radverkehr und ÖPNV auszubauen und Fußgänger*innenverkehr attraktiver
25 zu gestalten, werden Konzepte über Konzepte in Auftrag gegeben und
26 Marketingkampagnen durchgeführt. Notwendiges wird verschleppt und dabei werden
27 die Bedürfnisse der Bevölkerung verkannt.

28 Rot-Schwarz fehlt es an einer Handlungsstrategie, die Lösungen für die
29 wachsenden Verkehre auf die Lahnberge, zu den Behringwerken und dem Görzhäuser
30 Hof und in die Außenstadtteile bietet und Angebote für Bewohner*innen und
31 Beschäftigte schafft.

32 Konkret werden SPD, CDU und BfM nur beim Autoverkehr, wie die Diskussionen um
33 den Allnatalweg oder den Behringtunnel gezeigt haben oder der Versuch des
34 Oberbürgermeisters, die B3 in eine Autobahn umzuwandeln.

35 Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit, auch hier bei uns in
36 Marburg.

37 Das Mietniveau steigt seit Jahren kontinuierlich, Fälle von Verdrängung von
38 Mieter*innen häufen sich und zu wenig bezahlbarer Wohnraum entsteht. So hat die

39 städtische GeWoBau seit 2016 lediglich 12 Sozialwohnungen gebaut! Zu allem
40 Überfluss wird die so wichtige Sozialquote nach Belieben ausgesetzt und zur
41 Verhandlungsmasse. Trotz aller Beteuerungen mehr Sozialwohnungen zu bauen, ist
42 dies ein wohnungspolitisches Armutszeugnis.

43 Den in die Höhe schnellenden Mieten und der Gentrifizierung in den
44 Bestandsquartieren wollen SPD, CDU und BfM nicht begegnen. Vielmehr unterwirft
45 die rot-schwarze Regierung die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ihrem
46 fatalen Dogma „bauen, bauen, bauen“, um Marburg über Gebühr und zu Lasten des
47 Umlands wachsen zu lassen. Statt eine Kooperation mit unseren Nachbargemeinden
48 anzustreben, heißt die Devise Konfrontation durch Abhängen des Umlandes.

49 Den Flächenfraß dieser Politik scheint man billigend in Kauf zu nehmen. Hinzu
50 kommt der fehlende Blick für die schwindende ökologische Lebensqualität
51 (Frischlufzufuhr, Verkehrszuwachs, Verlust von Grünflächen) durch zu stark
52 versiegelte Flächen in der Kernstadt. Darüber darf aber nicht geschwiegen
53 werden, wenn der Klimawandel ernstgenommen werden soll.

54 Gebrochene Versprechungen und Irritationen bei der Kinderbetreuung unter Rot-
55 Schwarz:

56 Die Ankündigung, dass die Kitagebühren für alle Kinder also auch der unter
57 Dreijährigen entfallen sollen, wurde nicht eingehalten. Vielmehr wurde der
58 Versuch unternommen, die Betreuungszeiten zu verkürzen und die KiTa-Gebühren zu
59 erhöhen. Der plötzliche Umschwung kam erst durch das Handeln der Hessischen
60 Landesregierung in dieser Frage. Die Gebühren für die U3-Betreuung sind jedoch
61 geblieben.

62 Der Altenheimbau in der Sudetenstraße am Richtsberg zeigt, dass sich die
63 Altenpolitik in Marburg in eine falsche Richtung entwickelt: Statt der
64 notwendigen und von vielen Menschen gewünschten, dezentralen Altenversorgung in
65 den Quartieren entsteht aus Kostengründen nun ein großes Altenheim, das 50
66 Prozent teurer wird als geplant.

67 Unter den freien Trägern der sozialen Wohlfahrtspflege herrscht Verunsicherung
68 seit den unnötigen Sparmaßnahmen im Jahr 2017. Statt einem klaren Bekenntnis zu
69 einer soliden Ausfinanzierung wurden Abhängigkeiten geschaffen und Mittel müssen
70 jährlich aufs Neue beim Oberbürgermeister erbeten werden. Die freien Träger sind
71 zu Bittstellern degradiert worden, statt ihre für den sozialen Zusammenhalt in
72 unserer Stadt so wichtige Arbeit entsprechend wertzuschätzen.

73 Weniger Investitionen in unsere Schulen durch BiBaP kennzeichnen die
74 Bildungspolitik von SPD, CDU und BfM. Stattdessen erleben wir nur ein
75 Politikmarketing, das aber den Bedarfen nicht gerecht wird. So besitzt die
76 größte Schule in der Sportstadt Marburg keine richtige Sporthalle und musste
77 sich zwischen naturwissenschaftlichen Räumen oder Klassenzimmern für alle
78 entscheiden.

79 Wir GRÜNEN stehen für den Wandel. Wir haben die Ideen für die Zukunft! Gemeinsam
80 mit Ihnen, den Marburger*innen, wollen wir die Herausforderungen der Zukunft
81 gestalten. Sozial und ökologisch. Deshalb bitten wir bei den Kommunalwahlen in
82 Hessen am 14. März 2021 um ihre Stimme für eine klimafreundliche, nachhaltig
83 wirtschaftende und sozial gerechte Politik in Marburg. Wir GRÜNEN wollen
84 Verantwortung für unsere Stadt übernehmen und die kommenden fünf Jahre im
85 Zeichen einer sozial-ökologischen Politik gestalten.

86 Wir wollen die Zukunft gemeinsam gestalten. Für große Aufgaben braucht es einen
87 guten Zusammenhalt.

88 Bildungsstadt Marburg: Chancengleichheit und Teilhabe ermöglichen

89 Kindergärten und KiTas

90 Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule. Schon im frühkindlichen Alter
91 werden Kinder durch ihre Mitwelt entscheidend geprägt. Krippe und KiTa sind die
92 ersten Lernorte, die Kinder in ihrer Bildungsbiographie besuchen. Wir brauchen
93 in der Zukunft einen besseren Betreuungsschlüssel, um eine gute Qualität des
94 Angebots im frühkindlichen Bereich sicherzustellen. Auch die Tagespflege braucht
95 eine ganzheitliche und dauerhafte Unterstützung.

96 Speziell Einrichtungen wie Waldkindergärten sind wichtige Impulsgeber für eine
97 naturnahe Erziehung und leisten einen wichtigen Beitrag zum Erlernen eines
98 wertschätzenden Umgangs mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. KiTas als Orte
99 des Lernens wollen wir deshalb weiter stärken, damit sie ihren Bildungsauftrag
100 unter bestmöglichen Bedingungen erfüllen können. Durch eine enge Zusammenarbeit
101 mit lokalen Initiativen wollen wir dauerhaft und ganzheitlich Angebote aus dem
102 Bereich "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" als Bestandteile des
103 Bildungsprofils etablieren. Es darf hier nicht bei zeitlich begrenzten Projekten
104 bleiben, die allein vom Engagement einzelner Erzieher*innen und Lehrer*innen
105 abhängig sind.

106 Wir GRÜNEN wollen:

- 107 • eine umfassende Bedarfsermittlung der Betreuungsplätze im frühkindlichen
108 Bereich mit dem Ziel der Verbesserung des Betreuungsschlüssels;
- 109 • den Ausbau von Tagespflege; nachhaltige Unterstützung und
110 Weiterqualifizierung von Tagespflegepersonen;
- 111 • feste Finanzierungsstrukturen, die für die Zusammenarbeit mit lokalen
112 Initiativen ausgewiesen sind, um Themen aus dem Bereich Nachhaltigkeit
113 dauerhaft in Bildungseinrichtungen zu verankern;
- 114 • flexible Modelle entwickeln, um studierenden Eltern zu helfen, die
115 Kleinstkinder haben.

116 Schule

117 Schulen, Kindertagesstätten, die Volkshochschule, aber auch Musikschule und
118 außerschulische Bildungseinrichtungen brauchen einen verlässlichen und
119 auskömmlichen Rahmen, der es ihnen ermöglicht ihren Bildungsauftrag zu erfüllen.
120 Dazu gehört für uns auch das Thema Digitalisierung, das viele Bereiche der
121 Bildung überspannt. Wir wollen eine Digitalisierungsstrategie, die die Chancen
122 von Technologien nutzt und zugleich konsequent nach Standards des Datenschutzes
123 ausgerichtet ist. Digitalisierung ist dann ein Schlüssel zu mehr Teilhabe, wenn
124 ein Maßnahmenkatalog soziale Faktoren zur Grundlage hat.

125 Eine Schlüsselrolle zu mehr Bildungsgerechtigkeit nimmt für uns GRÜNE die
126 Ganztagschule ein. Sie sorgt für mehr soziale Teilhabe insbesondere für Kinder
127 und Jugendliche aus Haushalten mit geringem Einkommen oder mit einer

128 Zuwanderungsgeschichte. Einrichtungen mit Ganztagsbetreuung wollen wir gezielt
129 unterstützen und stärken.

130 Doch der Ausbau von Betreuungsinfrastruktur kann nur ein Schritt sein, um mehr
131 Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Daneben brauchen wir dringend Investitionen
132 in die Schulgebäude unserer Stadt. Das aufgelegte "BiBaP"-Programm steht hinter
133 den Erwartungen deutlich zurück und geht mit einem Investitionsvolumen von 30
134 Mio. Euro aus unserer Sicht an den Bedarfen der Schulen vorbei. Vor allem im
135 Bereich der Sportanlagen sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

136 Im Bereich der Antidiskriminierung haben Schulen eine wichtige Funktion in der
137 Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Dadurch können sie der gesellschaftlichen
138 Spaltung entgegenwirken. Wir unterstützen Schulen, die zu "Schulen ohne
139 Rassismus" werden und wollen den Dialog zwischen Bildungseinrichtungen und
140 migrantischen Organisationen sowie lokalen Initiativen fördern, die sich für
141 Geflüchtete einsetzen. Rassismuskritische Bildungsangebote müssen dauerhaft
142 ihren Platz im Schulalltag finden und in alle Strukturebenen hineinreichen.
143 Neben Schulen nimmt hier auch die Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle ein.

144 Wir GRÜNEN wollen:

- 145 • Unterstützung und Weiterentwicklung unseres Kinder- und Jugendparlaments,
146 das als Sprachrohr und Demokratieinstrument zurecht überregionale
147 Beachtung findet;
- 148 • Förderung der Schulvielfalt in Marburg, auch durch die Unterstützung der
149 Schulen in freier Trägerschaft;
- 150 • ein ambitionierteres Schulbauprogramm mit größerem Investitionsvolumen,
151 insbesondere zur Erweiterung der Sporthallen, etwa an der Elisabethschule;
- 152 • massive Investitionen in die digitale Infrastruktur ab der Grundschule;
153 dazu gehört eine konsequente Wartungsstrategie, die nur durch deutliche
154 personelle Aufstockung gewährleistet werden kann;
- 155 • Sichere Schulwege durch Ausbau des Radwegenetzes und konsequente
156 Verkehrsberuhigung der Leopold-Lucas-Straße;
- 157 • Kindern und Jugendlichen in den Schulmensen und Betreuungseinrichtungen
158 gute und ausgewogene Verpflegung in KiTa und Schule anbieten. Das Essen
159 soll biologisch, regional und gentechnikfrei sein sowie die Bedürfnisse
160 und Wünsche der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen. Zur Überprüfung

- 161 soll eine regelmäßige Evaluation der Schulgemeinden dazu dienen, das
162 Angebot an den Bedürfnissen der Nutzer*innen zu orientieren;
- 163 • eine Unterstützung von und proaktive Zusammenarbeit mit außerschulischen
164 Lernorten, wie etwa dem Jugendwalheim Roßberg im Ebsdorfergrund oder dem
165 Bildungshaus am Teufelsgraben;
 - 166 • die Weiterentwicklung von inklusiven Unterrichts- und Ganztagsangeboten an
167 Marburger Schulen im Rahmen des "Paktes für den Nachmittag";
 - 168 • kostenlosen Unterricht an der Musikschule und der Kunstwerkstatt für
169 Kinder und Jugendliche;
 - 170 • die Angebote und Initiativen der "Bildung für eine nachhaltige
171 Entwicklung" sollen ausgebaut und weiter unterstützt werden. Die Themen
172 Ökologie und Nachhaltigkeit müssen einrichtungsintern verankert werden:
173 dies reicht von der energetischen Sanierung der Schulgebäude bis hin zur
174 strukturierten Zusammenarbeit mit lokalen Bildungsträgern;
 - 175 • rassismuskritische Bildungsangebote in der Schule sowie in der
176 Erwachsenenbildung fördern im Dialog mit lokalen Initiativen.

177 Universität und Studierende – Forschung und Lehre auf hohem Niveau

178 Nicht nur die großen Unineubauten auf den Lahnbergen und in der Innenstadt
179 dokumentieren die Bedeutung der Philipps-Universität für Marburg.

180 Gerade die Neubauten des deutschen Sprachatlas und der neuen Zentralbibliothek
181 verändern nicht nur den städtischen Raum, sie sind Ausweis der Universitätsstadt
182 Marburg. Deshalb ist es uns Grünen ein vorrangiges Anliegen, die Kooperation mit
183 der Universität weit zu kultivieren. Wir Grüne sehen die Stärkung der
184 Universität in allen Belangen als integrativen Bestandteil der städtischen
185 Politik.

186 In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit den anderen Parteien die Situation
187 der am Klinikum Beschäftigten mehrfach zum Thema gemacht.

188 Wir werden auch weiterhin die Folgen der Privatisierung des Uniklinikum kritisch
189 verfolgen und benennen. Genauso wichtig ist uns aber auch die Stärkung des
190 medizinischen Fachbereichs und der Erhalt des Klinikums als Krankenhaus der
191 regionalen Vollversorgung, der Spitzenmedizin und als universitärer Ort der
192 Ausbildung und Lehre.

193 Die Attraktivität des Studienortes steht und fällt aber auch mit dem
194 Vorhandensein ausreichenden Wohnraums für die Studierenden. Auch dazu wollen wir
195 weiterhin Sozialwohnungen bauen und das Studentenwerk unterstützen, um mehr
196 studentischen Wohnraum zu realisieren.

197 Damit Universität und Stadt sich noch mehr gegenseitig befruchten können, wollen
198 wir Grüne einen weiteren Ausbau der Kooperationen. Es sind noch mehr
199 gegenseitige Transparenz in den jeweiligen Planungen, gemeinsame Aktionen
200 wichtig, um einerseits Studierenden die Stadt näher zu bringen und andererseits
201 der länger ansässigen Bevölkerung die universitäre Vielfalt darzustellen.

202 Wir GRÜNEN wollen:

- 203 • im Rahmen des bundesweiten Programms "Engagierte Stadt", getragen durch
204 die Freiwilligenagentur, Studierende vermehrt zu sozialem, kulturellem und
205 ökologischem Engagement in Marburg ermutigen;
- 206 • gerade im Bereich der durch Drittmittel finanzierten Forschung die
207 Universität weiterhin dazu drängen, eine Zivilklausel zu verabschieden,
208 die militärische Forschung verbietet;
- 209 • dass die städtischen Gremien auf die Universität einwirken, damit
210 Tierversuche in der Forschung nachhaltig beendet werden. Tierschutz muss
211 auch in der Forschung gelten.

212 Erlebnis Marburg: Nachhaltiger Tourismus

213 Marburg ist eine touristisch attraktive Stadt und lädt mit seiner schönen
214 Umgebung und seinen Sehenswürdigkeiten zum Besuch ein: Marburgs Geschichte und
215 das Kulturangebot zum Tagesausflug einerseits, das Lahntal zum Aktivurlaub
216 andererseits. Deshalb haben insbesondere auch die Weiterentwicklung kultureller
217 Angebote und die ökologische Stadt- und Landschaftsentwicklung eine hohe
218 Bedeutung für die zukunftsorientierte Stärkung der touristischen Attraktivität.
219 Die Nähe zum Rhein-Main-Gebiet und zum touristisch sich entwickelnden Nordhessen
220 lädt dazu ein, nach Marburg zu kommen. In erster Linie lebt Tourismus aber auch
221 von neuen Ideen und Innovationen. Ein wichtiges Stichwort für uns ist dabei der
222 barrierefreie Tourismus. Und: Der Tourismus sollte nachhaltig gestaltet werden,
223 sozial gerecht und kulturell angepasst, ökologisch tragfähig und wirtschaftlich
224 sinnvoll sein. Mit diesem Anspruch wollen wir unseren örtlichen Tourismus
225 gestalten und möglichst breit dafür werben.

226 Wir sind sicher, dass wir damit noch attraktiver nicht nur für inländische,
227 sondern auch für ausländische Gäste werden. Die Besucher*innen Marburgs sind
228 häufig Familien und ältere Menschen, die sich für das besondere städtische Flair
229 interessieren. Aber auch immer mehr internationale Gäste finden den Weg nach
230 Marburg. Sie kommen als Touristen oder als Kongress- bzw. Tagungsteilnehmer für
231 einige Tage. Für alle spielen die Besonderheiten der Stadt eine bedeutsame
232 Rolle: Neben den einzigartigen Baudenkmalern, wie dem Schloss, der
233 Elisabethkirche, und den mittelalterlichen Straßen und Häusern sind dies die
234 besondere Landschaft und Lage. Marburg, eine Stadt am Berg umgeben von Bergen,
235 eine Stadt der Treppen, eine Stadt, die öffentliche Aufzüge als Verkehrsmittel
236 einsetzt - in Zukunft mit Hilfe moderner Antriebstechnologie. Diese
237 Besonderheiten wollen wir besser verbunden und vernetzt sehen mit freundlichem
238 Empfang, Gastfreundschaft und Verständigungsbereitschaft, damit die Besucher
239 sich wohlfühlen und Marburg positiv und weltoffen erleben. Hierfür muss die
240 nötige Infrastruktur durch eine inhaltliche Vernetzung der Ressourcen weiter
241 verbessert werden.

242 Infrastruktur

243 Wir müssen an der Verkehrsanbindung ansetzen. Marburg ist mit dem Auto und der
244 Bahn gut zu erreichen. Der Bahnhofsvorplatz ist neu gestaltet und bietet den mit
245 der Bahn anreisenden Besucher*innen einen schönen Empfang. Gäste, die mit dem
246 Fahrrad anreisen, finden jedoch beispielsweise am Bahnhof eine mangelhafte
247 Infrastruktur vor. Hier müsste dringend ein Fahrradparkhaus entstehen, das

248 seinen Namen verdient und einen ähnlichen Komfort wie PKW-Parkhäuser bietet.
249 Auch zu Fuß kommen immer mehr Menschen nach Marburg oder verbringend wandernd
250 eine schöne Zeit im reizvollen Marburger Umland. Hier fehlt es an einem
251 einheitlichen Wege-Leitsystem und an offiziellen Wanderwegen.

252 Touristische Attraktionen und Highlights, aber auch Kulturveranstaltungen
253 sollten den Besucher*innen im Rahmen eines Leitsystems möglichst barrierefrei,
254 das meint auch mehrsprachig, kommuniziert und erfahrbar gemacht werden. Marburg
255 braucht auch eine BesucherCard. Eine Tageskarte, die einerseits Fahrschein für
256 den ÖPNV und andererseits auch Eintrittskarte für die Marburger Museen und
257 weitere Attraktionen wie z.B. den Kaiser-Wilhelm-Turm ist.

258 Wir GRÜNEN wollen:

- 259 • ein mehrsprachiges, touristisches Besucherleitsystem, sowohl digital als
260 auch analog einführen;
- 261 • die Barrierefreiheit in den Museen ausbauen;
- 262 • eine bessere Vernetzung der Marburger Highlights und Attraktionen;
- 263 • eine bessere Anbindung an das Schloss;
- 264 • eine BesucherCard, die über unterschiedliche Kanäle vermarktet wird,
265 einführen.

266 Vernetzung

267 Marburg hat viele Museen und Sammlungen, die jedoch inhaltlich untereinander
268 besser vernetzt, zeitgemäß erneuert und nach außen hin besser und einheitlich
269 präsentiert werden müssen. Darüber hinaus ist das Schlossareal in seiner
270 inhaltlichen Aufbereitung und Anbindung an die Museen unbedingt zu verbessern.

271 Die Geschichte Marburgs muss ansprechender präsentiert werden. Hierzu soll das
272 Schloss ein kombiniertes Stadt- und Universitätsmuseum bekommen, in dem in
273 Zusammenarbeit mit den Museen, den Schulen und der Universität Projekte
274 etabliert werden, die das Areal zu einem erlebbaren Ort Stadtgeschichte und zu
275 einem außerschulischen Lernort machen könnten. Hier sollte im Dialog mit der
276 Universität und dem Land Hessen ein neuer Schub für das alte Gemäuer des
277 Schlosses entstehen.

278 In den Marburger Museen und Sammlungen schlummert ein Potential, das nicht
279 wirklich genutzt wird. Die Gründe sind organisatorischer oder kommunikativer
280 Natur. Unser Ziel ist es, mehr gemeinsame Projekte, einheitliche Öffnungszeiten
281 und einen gemeinsamen Auftritt – analog wie auch online – im Sinne einer
282 Dachmarke in Zusammenarbeit von städtischer Verwaltung, Universität und der
283 „Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH“ (MSLT) zu etablieren. Hier sind die
284 Museen und MSLT gefordert, eine bessere Kommunikation der Museen untereinander
285 und deren Präsentation gegenüber den Besuchern zu organisieren.

286 Wir GRÜNEN wollen:

- 287 • eine Verbesserung des Schloss-Areals,
- 288 • das Schloss besser präsentieren und als außerschulischen Lernort
289 etablieren,
- 290 • ein kombiniertes stadt- und universitätsgeschichtliches Museum im Schloss,
- 291 • eine Aufwertung und Verbesserung des Areals im Bereich der
292 Aussichtsplattform am Kaiser-Wilhelm-Turm zur Schaffung einer neuen
293 Aufenthaltsqualität (Bodenbelag, Sitzmöglichkeiten, Hinweisschilder)
- 294 • die Angebote und öffentlichen Auftritte der Museen vernetzen und
295 Zusammenarbeit - insbesondere mit der Universität - stärken,
- 296 • eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Museen und der MSLT.

297 Nachhaltigkeit

298 Ein nachhaltiger Tourismus zeichnet sich insbesondere durch Wander- und
299 Fahrradtourismus aus. Unser Ziel ist es, dass möglichst alle Ausflugsziele
300 autounabhängig zu erreichen sind. Dazu ist einerseits der Fahrradverleih (E-
301 Bikes) auszubauen, andererseits müssen die Wegemarkierungen verbessert und
302 einheitlich gestaltet werden, z.B. auf den Lahnbergen oder im Bereich des
303 Stadtwalds.

304 Bisher haben mit dem Fahrrad anreisende Touristen zu wenig Beachtung gefunden;
305 das fängt schon bei den Abstellmöglichkeiten an. Am Marburger Süd- und
306 Hauptbahnhof muss dringend eine verbesserte Struktur für Fahrradfahrende
307 geschaffen werden.

308 Die Marburger Jugendherberge befindet sich in einem schlechten Zustand.
309 Vielversprechende Planungen für einen Neubau existieren und sind bereits im
310 Ortsbeirat Weidenhausen sowie im Gestaltungsbeirat diskutiert worden. Bedingt
311 durch die Corona-Pandemie und damit zusammenhängende, finanzielle Probleme beim
312 Hessischen Jugendherbergswerk können diese Planungen nicht umgesetzt werden.
313 Stadt und Land Hessen müssen hier insbesondere finanziell die entsprechenden
314 Weichen stellen, um den Neubau zu ermöglichen und eine Wiederaufnahme des
315 Jugendherbergsbetriebs zu gewährleisten. Diese Form des Tourismus ist
316 zukunftsfähig und darf in Marburg nicht auf das Abstellgleis gesetzt werden.

317 Wir GRÜNEN wollen:

- 318 • dass die Stadt Marburg nachhaltige touristische Angebote bereithält (z.B.
319 auch Tourenvorschläge für Wander- und Radtourismus);
- 320 • dass die Stadt in Absprache mit externen Partnern, z.B. der Deutschen
321 Bahn/Ameropa besondere Angebote entwickelt, die Menschen nach Marburg
322 führen, die mit der Bahn anreisen wollen;
- 323 • dass ökologische und barrierefreie Tourismuskonzepte gefördert werden;
- 324 • dass Radleihmöglichkeiten (auch für E-Bikes) verbessert werden;
- 325 • einen Ausbau der Wander- und Spazierwege z.B. durch Optimierung der
326 Bodenbeläge;
- 327 • dass die Kennzeichnung der Wander- und Spazierwege verbessert wird, einer
328 einheitlichen Kennzeichnung folgt und einen Wiedererkennungswert hat;
- 329 • dass Wanderkarten und Hinweisschilder aktualisiert und verschönert werden.

330 Gesund leben in Marburg

331 Gesundheitsversorgung ist als Teil der Daseinsvorsorge eine wichtige öffentliche
332 Aufgabe. Hierfür ist die Bereitstellung eines adäquaten niederschweligen
333 Zugangs und eine gute Erreichbarkeit für Alle eine unabdingbare Voraussetzung.
334 Die öffentliche Hand gemeinsam mit den Anbieter*innen von Gesundheitsleistungen
335 hat dafür Sorge zu tragen. Gleichzeitig sind wir alle auch für unsere Gesundheit
336 selber verantwortlich und müssen als mündige Patient*innen durch ausreichende
337 Informationen die Möglichkeit haben auf Augenhöhe mitzuzentscheiden. Grundlage
338 dafür ist eine gute Gesundheitskompetenz. Diese Kompetenz beschreibt
339 alltagspraktisches Wissen und Fähigkeiten im Umgang mit Gesundheit und
340 Krankheit, die primär über Kultur, Bildung, Erziehung und Herkunftserfahrung
341 vermittelt bzw. weitergegeben wird.

342 Unser Marburger Universitätsklinikum stellt gemeinsam mit dem
343 Diakoniekrankenhaus in Wehrda die stationäre Grundversorgung in der Region um
344 Marburg sicher. Gleichzeitig ist das Universitätsklinikum auch Ort der
345 Maximalversorgung und Spitzenmedizin, aber auch Ausbildungsstätte für angehende
346 Ärzt*innen, Pflegende, Physiotherapeut*innen und etliche andere Berufsgruppen.

347 Durch das gegenwärtige Finanzierungssystem ist es den Kliniken nahezu unmöglich
348 kostendeckend zu arbeiten. Hier sehen wir den Bund in der dringenden Pflicht,
349 die Kliniken besser auszustatten und so das Kliniksterben zu beenden. Wir halten
350 die Privatisierung des Marburger Uniklinikums unter der damaligen
351 Landesregierung von Roland Koch nach wie vor für falsch. Die Übernahme durch den
352 Asklepios-Konzern werden wir kritisch begleiten. Dringend notwendig sind
353 Pflegeschlüssel, um eine gute medizinische Versorgung zu gewährleisten. Gerade
354 in der Zeit der Pandemie zeigt sich, dass an der personellen Ausstattung der
355 Kliniken gespart wurde und dadurch der Versorgungsauftrag immer wieder gefährdet
356 ist.

357 Den eigentlichen Versorgungsauftrag hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf. Aber
358 auch die städtische Ebene kann und muss einen Beitrag dazu leisten, die

359 Versorgung sicherzustellen. Eine gute Verzahnung der Versorgung von Kranken und
360 Bedürftigen ist wesentlicher Bestandteil des Behandlungserfolgs. Wir wollen eine
361 bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Versorgungssäulen –
362 zwischen ambulant und stationär, sowie zwischen den verschiedenen
363 Gesundheitsfachberufen. Hier sollte der Dialog fest institutionalisiert werden.

364 Gerade außerhalb der Praxisöffnungszeiten bestehen oft große Unsicherheiten, wer
365 nun der richtige Ansprechpartner für gesundheitliche Sorgen und Probleme ist.
366 Diese Situation hat sich in der Pandemie noch verstärkt, bis hin zu
367 Befürchtungen vielleicht gar keine medizinische Versorgung zu erhalten. Hier
368 bedarf es mit städtischer Unterstützung besserer Aufklärung der Menschen, welche
369 Stelle der Versorgung für sie die Richtige ist.

370 Mit der wachsenden Zahl der Geflohenen, die zu uns nach Marburg kommen, besteht
371 auch ein wachsender Bedarf an medizinischer Versorgung. Dies beinhaltet für uns
372 elementar neben der somatischen auch eine psychotherapeutische Versorgung dieser
373 so oft schwer traumatisierten Menschen. Unsere eigene Vergangenheit hat uns hier
374 gelehrt, welche Auswirkungen Kriegstraumata auf die direkt Betroffenen und auf
375 die folgenden Generationen haben.

376 Wir haben in Deutschland prinzipiell eines der besten Gesundheitssysteme der
377 Welt, doch es gibt auch bei uns Menschen, die durch das Netz fallen und keinen
378 direkten Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Hier möchten wir, dass in
379 Marburg eine Clearingstelle mit einer ärztlich geleiteten Sprechstunde für
380 Menschen im Asylverfahren, Menschen mit aufenthaltsrechtlicher Duldung und
381 Menschen mit abgelaufenem Aufenthaltstitel und sogenannte Illegalisierte
382 geschaffen wird.

383 Für Ältere und alte Menschen gilt: Daheim statt Heim. Die stadtteilbezogene und
384 quartiersbezogene Unterstützung, in eigener Häuslichkeit zu verbleiben,
385 beinhaltet Angebote der Wohnraumversorgung, altersgerechtes Umbauen und neue
386 Wohnformen. Eingerichtet werden sollten niedrigschwellige Betreuungsangebote,
387 Alltagsbegleiter*innen, die barrierefreie und bewegungsfördernde Gestaltung des
388 öffentlichen Raumes und die Bewegungs- und Mobilitätsförderung älterer Menschen.

389 Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention lebensweltbezogen gestalten –
390 zum Beispiel in den Kindergärten und Schulen. Krippen und Kindergärten sollen
391 als Familienzentren für die Eltern Möglichkeiten bieten, in einen Austausch über
392 verschiedene Themen wie Erziehungsfragen, Ernährung, Medienkonsum und die
393 Wichtigkeit des freien Spieles zu kommen. Wir wollen partizipative Konzepte, zum
394 Beispiel: einen „Nasch-garten“, oder „Grün macht Schule“, mit der aktiven
395 Einbeziehung der Kinder an der Schulhof- und Spielraumgestaltung.

396 Auch Bewegung wollen wir durch stadtteilbezogene, gesundheitsfördernde Netzwerke
397 in den Lebens- und Sozialräumen von Bewohnerinnen und Bewohnern fördern. Hier
398 möchten wir an den von der Initiative „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“
399 geschaffenen Strukturen andocken.

400 Schwangere müssen ihren Geburtsort frei und selbstbestimmt wählen dürfen. Dass
401 nach dem Aus der Geburtshilfe im Krankenhaus in Biedenkopf dieser Bereich nun
402 auch im Diakonie-Krankenhaus Wehrda geschlossen wurde, ist ein schwerer Verlust
403 für die Region. Neben der Geburt in der Klinik müssen auch Geburten zu Hause
404 oder in Geburtshäusern möglich sein. Die weiter steigenden Haftpflichtprämien
405 erschweren den freiberuflich in der Geburtshilfe tätigen Hebammen den Beruf

406 enorm. Mittlerweile wurde hier auf Bundesebene durch den Sicherstellungszuschlag
407 zwar Entlastung geschaffen, trotzdem nimmt der Hebammenmangel vielerorts zu.
408 Hier sehen wir weiterhin den Bund in der Pflicht, den Hebammen eine finanzielle
409 auskömmliche Arbeit und den Frauen eine freie Wahl des Geburtsortes zu
410 ermöglichen. Solange der Bund hier keine Regelung bereithält, ist die Kommune
411 gefordert die Hebammen finanziell zu unterstützen.

412 Wir GRÜNEN wollen:

- 413 • Sicherstellung einer gut zugänglichen, wohnortnahen hausärztlichen
414 Versorgung;
- 415 • Standortstärkung der Marburger Kliniken;
- 416 • Bessere Verzahnung der stationären und ambulanten Versorgung;
- 417 • Unterstützung der Palliativmedizin und der häuslichen Sterbebegleitung;
- 418 • Schaffung einer Clearingstelle für Menschen ohne Zugang zum
419 Gesundheitssystem;
- 420 • Programme für Kinder in Schulen und Kitas zur Bewegungsförderung;
- 421 • Finanzielle Unterstützung von Hebammen.

422 Gleichstellungspolitik in Marburg: Her mit dem guten Leben!

423 Grüne Sozialpolitik lebt von feministischen, auf Gleichstellung aller
424 Geschlechter abzielenden Forderungen und ist bestrebt, diese konsequent
425 umzusetzen. Unser Ziel ist es, Marburgs Status als offene, diverse Stadt zu
426 verteidigen und neben der Diskriminierung von Menschen, die behindert werden,
427 Altersdiskriminierung, Antisemitismus, Klassismus und Rassismus insbesondere
428 auch der Diskriminierung, die auf Geschlecht und Sexualität zurückzuführen ist,
429 keinen Raum zu bieten.

430 In einem ersten Schritt sind deshalb allgemeingesellschaftliche Fortschritte zu
431 forcieren: für uns ist eine dezidierte Kritik an bestehenden
432 Geschlechterstereotypen unabdingbar. Dabei ist es essenziell, nicht nur
433 weibliche Rollenbilder zu hinterfragen, sondern insbesondere auch Männer in den
434 Blick zu nehmen und einzubeziehen.

435 Wir GRÜNEN wollen:

- 436 • die Einstellung männlicher Erzieher in den städtischen Kindertagesstätten
437 unterstützen;
- 438 • Hospitationstage für Frauen bei der Feuerwehr etablieren;
- 439 • Angebote zur Entwicklung einer aktiven Vaterschaft unterstützen;
- 440 • eine kritische Auseinandersetzung mit stark ungleichen Besetzungen in
441 städtischen Gremien;
- 442 • Monitoring des Redeverhaltens bei städtischen Veranstaltungen und Gremien;
- 443 • Angebote für ältere Frauen im Bereich Finanzen und Digitales, um
444 Unabhängigkeit zu fördern.

445 Ebenso wichtig wie die gesamtgesellschaftliche Sichtbarkeit von
446 gleichstellungspolitischen Fragen ist es, FrauenInterTrans (FIT) Schutzräume zu
447 bieten und das Schweigen über geschlechter- bzw. sexualitätsbezogene
448 Diskriminierung zu brechen; bestehenden Strukturen wollen wir
449 Entwicklungsspielräume ermöglichen und deren Bestand sichern.

450 Wir GRÜNEN wollen:

- 451 • Benennung einer Ansprechperson für LSBTI in Jugendamt und Stadtverwaltung;
- 452 • Berücksichtigung von Gender/Sex in den Konzepten von
453 Jugendhilfeeinrichtungen;
- 454 • Erinnerungskultur zu LSBTI;
- 455 • Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen des Jugend- und
456 Einwohnermeldeamts;
- 457 • Hygieneartikel für FIT-Personen in den sanitären Anlagen städtischer
458 Einrichtungen;
- 459 • Zusätzliche genderneutrale Toiletten bei Neubau/Sanierung seitens der
460 Stadt.

461 Den Blick über den Tellerrand hinaus wollen wir nicht zuletzt auch durch
462 vielfältige Bildungs- und Beratungsangebote fördern. Wir unterstützen
463 ausdrücklich die Arbeit der freien Träger im sozialen und kulturellen Bereich
464 und ermutigen sie, kreative und innovative Konzepte zu entwickeln, welche
465 Gleichstellung in der Stadt als partizipative Angelegenheit begreifen und
466 vermitteln. Darüber hinaus wollen wir schon in der frühkindlichen Bildung
467 Konzepte zur kritischen Reflektion von Geschlechterbildern unterstützen.

468 Wir GRÜNEN wollen:

- 469 • einen Fachaustausch mit unseren (inter-)nationalen Partnerstädten zum
470 Thema Gleichstellung;
- 471 • den zusätzlichen Erwerb nicht stereotyper Literatur in Kindertagesstätten;
- 472 • eine Wiederholung des Frauenmentorings der Stadt;
- 473 • Verwaltungsinterne Fortbildungen für Frauen (z.B. Selbstbehauptung).

474 Als familienfreundliche Stadt wollen wir die Teilhabe von Familien weiter
475 verbessern. Wir sehen das Thema als Querschnittsthema, welches bei diversen
476 Anliegen mitberücksichtigt werden muss; wir sehen Familie dabei als vielfältiges
477 Gebilde mit ganz unterschiedlichen Lebensrealitäten, welche Eingang in
478 städtische Konzepte finden sollen.

479 Wir GRÜNEN wollen:

- 480 • bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie durch angepasste
481 Sitzungszeiten;
- 482 • Betreuungsangebote/-zuschuss bei städtischen Veranstaltungen, Gremien und
483 im Ehrenamt;
- 484 • Ausbau der Unterstützungsangebote für Alleinerziehende;
- 485 • Berücksichtigung von Familien bei größeren Infrastruktur- und
486 Bauprojekten;
- 487 • Thematisierung von Gewalt unter der Geburt und Erarbeitung von
488 Gegenstrategien.

489 Gerade für Frauen stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben oft eine
490 besondere Herausforderung dar. Um echte Chancengleichheit zu ermöglichen, wollen
491 wir auch auf wirtschaftlicher Ebene ansetzen, um die Lücke zwischen den
492 Geschlechtern im Berufsleben zu schließen – der Equal Pay Day markiert, bis zu
493 welchem Tag im Jahr Frauen arbeiten müssen, um auf das gleiche Gehalt der
494 männlichen Mitbürger zu kommen. Dies ist ein wichtiges öffentliches Zeichen, das
495 uns klar auffordert, an dieser Stelle aktiv zu werden.

496 Wir GRÜNEN wollen:

- 497 • die Beratung hinsichtlich Teilzeitarbeit und Unterstützung bei
498 Wiederaufstockung;
- 499 • die Auslobung eines Equal-Pay-Preises, welcher vorbildliche Unternehmen
500 auszeichnet;
- 501 • Beratende Hilfen für Frauen am unteren Gehaltsrand;
- 502 • Gendersensible und gleichstellungsorientierte Auftragsvergabe seitens der
503 Stadt;
- 504 • Informationen zur Alterssicherung für Frauen;
- 505 • Geschlechterdifferenzierte Auswertung von städtisch gewährten
506 Betriebsrenten;
- 507 • Perspektivengespräche bei anstehender Elternzeit;
- 508 • Eine städtische Vereinbarung zur Frauenquote in Aufsichtsräten;
- 509 • Den Ausbau des städtischen Ausstiegsprogramms aus der Prostitution.

510 Trotz eines einsetzenden Wandels in der Gesellschaft ist Gewalt gegen Frauen
511 noch immer ein massives Problem, welches auch in Marburg fortwährend
512 thematisiert werden muss. Die Debatten um öffentliche und private Angsträume in
513 den vergangenen Jahren zeigen den dringenden Handlungsbedarf; nicht zuletzt
514 deshalb ist eine kostenfreie Rechtsberatung sowie Spurensicherung nach
515 sexualisierter Gewalt unabdingbar. Gemeinsam mit besonders vulnerablen
516 Frauengruppen wollen wir mehr Selbstorganisations-, Partizipations- und
517 Schutzräume erarbeiten. Dabei stechen Frauen mit Migrationsgeschichte besonders
518 hervor.

519 Wir GRÜNEN wollen:

- 520 • gezielte Bildungsangebote schaffen;
- 521 • herkunftsprachliche Beratungen schaffen bzw. ausbauen;
- 522 • gemeinsam mit dem Frauenhaus und Fraueninitiativen Schutz vor
523 Retraumatisierung bieten;
- 524 • in Zusammenarbeit mit Gynäkolog*innen das Thema Genitalverstümmelung
525 sichtbar machen;
- 526 • eine Ausbildungsberatung für erwachsene, arbeitslose Frauen mit
527 Fluchtgeschichte anbieten.

528 Darüber hinaus sind uns die Bedarfe von Mädchen und Frauen mit Behinderung ein
529 wichtiges Anliegen. Denn wie auch Frauen mit Migrationsgeschichte haben sie mit
530 Mehrfachdiskriminierung zu kämpfen, haben also zusätzliche Hindernisse im Alltag
531 zu bewältigen. Die Thematisierung von Mehrfachdiskriminierung muss Basis jedes
532 feministischen Einsatzes für Gleichberechtigung sein.

533 Wir GRÜNEN wollen:

- 534 • einen Ausbau geschlechtsspezifischer Pflegeangebote;
- 535 • die Schaffung behindertengerechter Angebote des Frauenhauses sowie von
536 Beratungsstellen;
- 537 • die Stärkung von Peer-Beratungsangeboten;
- 538 • Gewaltprävention und -intervention in Einrichtungen der Behindertenhilfe;
- 539 • die Fortsetzung des Projekts SUSE (Hilfe bei Gewalt gegen Mädchen/Frauen
540 mit Behinderung).

541 Grundlegend ist ein hohes Maß an Selbstreflexion für uns GRÜNE sehr wichtig: Wir
542 sind gerade deshalb auf den engen Austausch mit Betroffenengruppen, Initiativen
543 und Verwaltungsmitarbeiter*innen angewiesen und stellen uns der Herausforderung,
544 auch hier immer wieder neue Ansätze zu erproben und bestehende Angebote zu
545 evaluieren.

546 Kultur in Marburg: Vielfältig und für alle

547 Kunst und Kultur ist für uns kein Luxus oder Sahnehäubchen in guten Zeiten,
548 sondern elementarer Bestandteil unseres Lebens. Die Corona-Pandemie hat auch das
549 kulturelle Leben in Marburg stark beeinträchtigt. Das vielfältige kulturelle
550 Leben in Marburg wollen wir auch nach der Krise bewahren. Gerade die Soziokultur
551 mit für weit über Marburg beachteten Zentren in Marburg KFZ, Trauma, Waggonhalle
552 sowie den vielen kleineren Akteuren setzt wichtige Impulse für gesellschaftliche
553 Dialoge und ist unbedingt schützenswert. Der Austausch mit lokalen Akteur*innen
554 und interkulturellen Initiativen ist dabei wichtig, um offen zu bleiben für neue
555 Kunstformen und kulturelle Strömungen. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen
556 wir in einem offenen Dialogprozess ein „Leitbild Kultur“ erarbeiten. Hier wollen
557 wir die Folgen der Krise für die Kulturschaffenden unserer Stadt ebenso
558 diskutieren, wie sinnvolle Förderschwerpunkte. So legen wir den Schwerpunkt für
559 eine regionale Kulturentwicklungsplanung, die hilft, Marburgs Kulturperlen auch
560 über die Stadt und den Kreis hinaus sichtbar zu machen und die es schafft,
561 blinde Flecken in der Förderung und auf der Landkarte zu identifizieren.

562 Für uns hängt Kultur immer untrennbar zusammen mit der Frage des offenen
563 Zugangs. Wir wollen die Barrieren und die Hürden zur Kultur einreißen, denn wir
564 wollen ein kulturelles Leben in Marburg, an dem alle Menschen teilhaben können.
565 Wir wollen deswegen die städtische Kulturförderung so strukturieren, dass sie
566 auch Eingewanderte, Menschen mit Behinderung und Personen aus dem LGBTQIA*
567 Spektrum erreicht.

568 Barrierefreiheit ist also viel ganzheitlicher als nur auf die Frage der
569 baulichen Gegebenheiten des Veranstaltungsortes reduziert zu verstehen. Es
570 bedeutet auch, dass Menschen in verschiedenen Lebenssituationen ermöglicht
571 werden soll, Kultur zu erleben und den Zugang zu erleichtern. Die Angebote von
572 kultureller Bildung, die es vom Landestheater Marburg, über die Musikschulen bis
573 hin zu der Kunstwerkstatt gibt, wollen wir sichern und stärken. Auch durch
574 Digitalisierung können bestehende Barrieren im Zugang zu Kultur abgebaut werden,
575 die Stadtbibliothek sowie das Landestheater Marburg wollen wir beim weiteren
576 Ausbau ihres digitalen Angebots unterstützen. Wir wollen ein niedrigschwelliges

577 Beratungssystem erarbeiten, das sie dabei berät, erfolgreiche Förderanträge beim
578 Land, beim Bund und der EU zu stellen und es ihnen ermöglicht, ihre
579 Kulturprojekte finanziell über eine Unterstützung der Stadt hinaus abzusichern.

580 Auch Gleichstellungsaspekte reichen in das Feld der Kultur. Menschen dürfen
581 nicht von kulturellen Angeboten ausgeschlossen werden, weil sie keine
582 Kinderbetreuung finden. Ein „Schülerferienprogramm Kultur“, in dem wir unter
583 Führung des Jugendamtes ein Programm der kulturellen Bildung für Kinder und
584 Jugendliche aus bildungsfernen Schichten zu günstigen Preise auflegen, wollen
585 wir prüfen. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass Podien und Bühnen die
586 gesellschaftliche Realität und Diversität widerspiegeln. Die Leistungen von
587 Marburger Künstlerinnen aller Sparten wollen wir sichtbarer machen.

588 Im Landestheater Marburg wollen wir gemeinsam mit dem Land eine gute
589 Zukunftsperspektive erarbeiten. Die gemeinsame Einführung der Mindestgage war
590 ein wichtiger Schritt, um die problematische Einkommenssituation von
591 Schauspielerinnen und Schauspieler zu verbessern. Wir wollen auch für die
592 künstlerisch Beschäftigten, die schon länger angestellt sind, weiter an
593 Verbesserungen arbeiten. Auch die bauliche Perspektive wollen wir in enger
594 Abstimmung mit dem Theater und dem Land weiter prüfen und voranbringen.

595 Marburg ist eine Universitätsstadt. Das bunte studentische Leben bereichert und
596 prägt unsere Stadt. Studentische Kulturinitiativen wollen wir unterstützen, wo
597 es möglich ist. Wo es zu Konflikten zwischen Studierenden und Anwohner*innen
598 kommt, wollen wir vermittelnd tätig werden, um die Nachtruhe einerseits und die
599 Kulturangebote andererseits zu schützen. Lösungen wie die Ernennung einer/s
600 Nachtbürgermeister*in wollen wir prüfen.

601 Marburg ist ein Ort mit jahrhundertelanger Geschichte. Die Geschichte der
602 Universität wollen wir sichtbar machen und anlässlich des 500. Jubiläums der
603 Universitätsgründung vor allem auf den Teil der Geschichte verweisen, der oft
604 vergessen wird: Die Geschichten von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen, die
605 unsere Stadt in den letzten 500 Jahren geprägt haben, wollen wir zusammen mit
606 der Universität sammeln, auf geeignete Weise aufbereiten und den Marburgerinnen
607 und Marburgern, aber auch den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt in
608 moderner Form präsentieren. Insbesondere vor dem Hintergrund des anstehenden
609 Stadtjubiläums stehen wir für eine aktive, mehrere Perspektiven beleuchtende,
610 Erinnerungskultur und eine unerschrockene Aufarbeitung der Stadtgeschichte, wo
611 dies noch notwendig sein sollte. Gedenkinitiativen, etwa zur Geschichte Marburgs
612 während der Zeit des Nationalsozialismus, wie die Geschichtswerkstatt Marburg
613 wollen wir unterstützen und fördern.

614 Wir GRÜNEN wollen:

- 615 • Dauerhaft Sichtbarkeit und Räume für Kultur insbesondere dort schaffen, wo
616 Präsenzformen eingeschränkt sind.
- 617 • Erstellung einer Kulturplanung der Stadt gemeinsam mit den
618 Kultureinrichtungen,
- 619 • Einrichtung eine Beratungsstelle für Kulturschaffende zur Generierung von
620 Fördergeldern aus Land, Bund und EU,
- 621 • Offenheit für neue Kunstformen und innovative kulturelle Strömungen
622 insbesondere durch einen stärkeren interkulturellen Dialog;
- 623 • eine bessere Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen, zum
624 Beispiel durch die Stärkung kultureller Bildung und die Schaffung neuer,
625 kostengünstiger Angebote;
- 626 • einen Ausbau digitaler Kulturangebote, der an eine faire Bezahlung für
627 Kulturschaffende gebunden ist;
- 628 • Ausbau der Kinderbetreuung bei städtischen Kulturveranstaltungen;
- 629 • Förderung der Teilnahme von Schüler*innen an Maßnahmen zur kulturellen
630 Bildung;
- 631 • Auswertung bestehender Geschlechterverhältnisse vergangener
632 Kulturveranstaltungen mit dem Ziel, dass in Zukunft sowohl auf Podien als
633 auch auf den Bühnen 50% Frauen als Akteurinnen, Komponistinnen,
634 Vortragende etc. eine Selbstverständlichkeit sind. Dafür wollen wir
635 vorbildlich vorgehen und auf Podien städtischer Veranstaltungen wollen
636 wir auf eine paritätische Besetzung achten. Die Leistungen und die
637 Sichtbarkeit von Künstlerinnen aller Sparten wollen wir sichtbar machen
638 und fördern;
- 639 • insbesondere die sozio- und interkulturellen Projekte in ihrer Arbeit
640 weiter fördern und ausbauen;
- 641 • ein im Eintrittspreis integriertes ÖPNV-Ticket bei Kulturveranstaltungen
642 und VHS-Angeboten.

643 Lebendige Demokratie in Marburg: Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches
644 Engagement

645 Wir stehen für eine lebendige Demokratie, bei der sich die Bürger*innen in
646 unterschiedlichen Formen an der Gestaltung der Stadt und dem städtischen Leben
647 beteiligen.

648 Auch wenn sich die Formen lebendiger Demokratie vielfach überschneiden, sehen
649 wir drei Grundstrukturen der Bürger*innenbeteiligung.

650 Bürger*innenbeteiligung findet zum einen in der Form statt, dass die
651 Bürger*innen aus ihren Reihen ihre Vertreter*innen für das Stadtparlament
652 wählen. Mit der Wahl dieser Repräsentant*innen der Bevölkerung verbunden ist der
653 Auftrag, über die für die Stadt wichtigen Maßnahmen und über die dafür bereit zu

654 stellenden Mittel zu entscheiden sowie deren Umsetzung durch die Stadtregierung
655 zu kontrollieren. Alle fünf Jahre wird in der Kommunalwahl entschieden, ob die
656 zuletzt gewählten Stadtverordneten dem Auftrag der Bürger*innen entsprochen
657 haben, ob sie die Begehren und Vorstellungen der Bürger*innen hinreichend
658 wahrgenommen und in das Parlament eingebracht haben oder nicht. Entsprechend
659 wählen die Bürger*innen das neue Stadtparlament.

660 Lebendige Demokratie findet jedoch nicht nur in Form der Wahl von
661 Repräsentant*innen der Bürger*innen statt, sondern auch in Formen einer direkten
662 Beteiligung der Bürger*innen. Sie ist bisher in unterschiedlichen, oft auch
663 spontanen Formen erfolgt, wenn z.B. eine von einer geplanten Maßnahme im
664 öffentlichen Raum betroffene Gruppe sich gegen diese engagiert und dafür zu
665 Demonstrationen, Unterschriftenlisten usw. aufgerufen hat, um bei den
666 Entscheidungsträger*innen Änderungen zu erreichen. Oder es haben sich Gruppen
667 von Bürger*innen auch mit Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung oder des
668 Magistrats gebildet, die die Entwicklung bestimmter Politikbereiche kritisch
669 begleitet haben und für ihre Änderungsvorschläge auch öffentliches Gehör fanden.

670 In jüngerer Zeit geht es darum, eine systematische Struktur für
671 Bürger*innenbeteiligung zu entwickeln. Wir GRÜNE wollen eine Form der
672 Beteiligung, die den Bürger*innen Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet und sie
673 nicht nur zu Empfängern von Botschaften der Stadtregierung macht und die von
674 Bürger*innen vorgetragenen Alternativen ernst nimmt und neu andenkt, denn nur,
675 wer andere Perspektiven zu verstehen bereit ist, kann sich auf demokratische
676 Aushandlungsprozesse einlassen und schafft somit eine aktive Stadtbevölkerung.
677 Für eine solche mitgestaltende Bürgerbeteiligung sind bestimmte Kriterien
678 einzuhalten.

679 Wir GRÜNEN wollen:

- 680 • eine rechtzeitige Information über wichtige Projekte und Planungen der
681 Stadt, die die Stadtverwaltung in Abstimmung mit dem Stadtparlament
682 erstellt, fortlaufend aktualisiert und öffentlich macht. Beispiele: große
683 städtebauliche Maßnahmen, Umweltmaßnahmen, z.B. Windkraftbau,
684 Lärmreduzierung, Radwegeausbau und andere;
- 685 • eine niedrighschwellige, barrierefreie Ansprechstelle einrichten, die nicht
686 nur für die Entwicklung und Organisation von Bürgerbeteiligungsstrukturen
687 zuständig ist und vorrangig die Interessen der Verwaltung vertritt,
688 sondern für alle Fragen der Bürger*innen zu diesem Komplex offen ist und
689 den Bürger*innen Antworten darauf anbietet und Vernetzungen ermöglicht;
- 690 • dass konkrete Bürger*innenbeteiligungsvorhaben durchgeführt werden, wenn
691 der Magistrat, die Verwaltung, das Stadtparlament, Ortsbeiräte, das
692 Kinder- und Jugendparlament, der Ausländerbeirat, der Seniorenbeirat, der
693 Behindertenbeirat dies beantragen. Bei Zustimmung durch das Stadtparlament

- 694 können dann die erforderlichen Mittel für die Durchführung des
695 Beteiligungsverfahrens bereitgestellt werden;
- 696 • dass konkrete Bürger*innenbeteiligungsvorhaben durchgeführt werden, wenn
697 mindestens 1.000 Unterschriften für eine Bürgerbeteiligung bei einem
698 bestimmten Vorhaben gesammelt wurden;
 - 699 • dass bei Großprojekten, deren Planung und Umsetzung oft viele Jahre
700 dauert, nicht nur ein einmaliges Beteiligungsverfahren stattfindet,
701 sondern die Bürger*innen kontinuierlich über die verschiedenen
702 Planungsphasen hinweg beteiligt werden in Abstimmung mit sachverständigen
703 Vertretern aus dem Stadtteil und/oder in der Sache aktiven Gruppierungen;
 - 704 • dass Beteiligungsprozesse eine klare Verbindlichkeit erhalten. Durch im
705 Stadtparlament zu beschließenden Leitlinien, die festschreiben, was ein
706 Beteiligungsprozess beinhalten muss und was mit den
707 Beteiligungsergebnissen geschehen soll, muss dies sichergestellt werden.

708 Lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung findet schließlich auch in der Form
709 von bürgerschaftlichem Engagement statt. Das bürgerschaftliche, freiwillige
710 Engagement entspringt der individuellen Initiative Einzelner oder selbst
711 konstituierter Gruppen, die sich für ein von ihnen bestimmtes, dem Gemeinwohl
712 dienendes Feld engagieren, für das sie Gestaltungsbedarf, -notwendigkeit und -
713 möglichkeiten sehen und entsprechend ohne fremden Auftrag tätig werden wollen.
714 Die Entwicklung unserer Gesellschaft in allen ihren Bereichen – der Politik, der
715 Umwelt, der Kultur, dem Bereich des Sozialen, dem Sport... - ist ohne dieses
716 freiwillige, kreative, unbezahlte Tätigwerden der Bürger*innen nicht denkbar.
717 Jüngstes Beispiel dafür ist das Engagement in der Flüchtlingshilfe. Oft ist
718 dieses bürgerschaftliche Engagement der Grundstein für wichtige dauerhafte und
719 professionelle Strukturen, z.B. in der Jugendhilfe oder der Behindertenarbeit.

720 Auf die vielen kreativen Impulse des bürgerschaftlichen Engagements für die
721 Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft wollen wir Grüne nicht
722 verzichten und die Bürger*innen dabei unterstützen.

723 Wir GRÜNEN wollen:

- 724 • die Weiterförderung der Beratungs- und Begleitungsmöglichkeiten von
725 Menschen, die sich freiwillig engagieren wollen oder engagieren durch die
726 Freiwilligenagentur;
- 727 • kostengünstige bzw. kostenfreie Angebote für von Engagierten gewünschten
728 Fortbildungsmaßnahmen;
- 729 • die Bereitstellung von Mitteln für dem Gemeinwohl dienende
730 Freiwilligenprojekte, die nicht durch Spenden aufzubringende Kosten tragen
731 können.

732 Mobilität in Marburg: Verkehrswende gestalten

733 Organisation der Mobilität

734 Die Veränderungen in der Marburger Innenstadt und mit ihr die Entwicklung des
735 Uni-Campus Firmanei am Alten Botanischen Garten und des Uni-Campus auf den

736 Lahnbergen erfordern moderne Strategien zur zukünftigen Bewältigung des
737 Stadtverkehrs.

738 Das übergeordnete Ziel ist die erforderliche Mobilität zu ermöglichen und die
739 Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr zu verringern und die
740 bestehenden Verkehrsformen so zu organisieren, dass die schwächeren
741 Verkehrsteilnehmer gestärkt werden. Dies soll in Marburg durch ein vernetztes
742 System der einzelnen Fortbewegungsarten erreicht werden, das mit der Region
743 verknüpft ist und mit einer Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs
744 einhergeht.

745 Hierzu ist die Einführung eines kommunalen Mobilitätsmanagements erforderlich.
746 Dieses geht über die „klassische“ Verkehrsplanung, die meist nur die einzelnen
747 Verkehrsarten nebeneinander betrachtet, hinaus. Mobilitätsmanagement soll
748 Verkehr besser organisieren und die verschiedenen Fortbewegungsarten in der
749 Stadt miteinander optimal verknüpfen und aufeinander abstimmen. Es soll auch
750 effizientes und ressourcenschonendes Mobilitätsverhalten fördern, in dem es
751 Anreize setzt und für eine klimaschonende Wahl der Verkehrsmittel wirbt. Eine
752 gezielte Organisation der Mobilität führt zu höherer Auslastung und höheren
753 Einnahmen aller öffentlichen Verkehrsträger, erspart Kraftstoff-, Stau- und
754 Parkraumkosten und reduziert bei den Kommunen die Mittel, die in Ausbau,
755 Bereitstellung sowie Instandhaltung der Straßeninfrastruktur investiert werden
756 müssen.

757 Zur Erstellung und Umsetzung eines solchen Mobilitätskonzepts fordern wir den
758 Einsatz einer*eines Mobilitätsbeauftragten.

759 Wir GRÜNEN wollen:

- 760 • ein Mobilitätskonzept für Marburg, das darauf zielt, den motorisierten
761 Individualverkehr durch ein Verkehrs-“System“ zu ersetzen, das den
762 Mobilitätsbedürfnissen und den verfügbaren Ressourcen von Raum und Energie
763 möglichst gut angepasst ist;
- 764 • Bürger*innen in Mobilitätsfragen stärker beteiligen;
- 765 • Betriebe mit einer Plakette auszeichnen, die ihren Mitarbeiter*innen
766 Anreize bieten, klimaschonende Verkehrsmittel zu nutzen;
- 767 • Mobilität stärker über die Stadtgrenzen Marburgs hinaus und regional
768 gemeinsam denken. Dazu soll die Ausgestaltung eines Mobilitätskonzepts
769 gemeinsam mit unseren Nachbargemeinden und dem Landkreis sowie weiteren
770 regionalen Partnern forciert werden;
- 771 • die Schaffung einer Stelle für eine*n Mobilitätsbeauftragte*n,
- 772 • die Erneuerung des städtischen Fuhrparks durch Umstieg auf e-Mobilität
773 (Ordnungsamt, DBM, Fachdienste usw.).

774 Verringerung des Autoverkehrs

775 Die letzten vier Jahre haben ein klares Bekenntnis zu einer wirksamen
776 Verringerung des Autoverkehrs vermissen lassen. Die Sanierung der Weidenhäuser
777 Brücke ohne die Markierung von Fahrradschutzstreifen zeugt davon. Stattdessen
778 hat der Verkehr auf der Stadtautobahn, insbesondere von LKWs, sogar stark

779 zugenommen und beeinträchtigt die Lebensqualität der Anwohnenden erheblich. Das
780 bedeutet, dass wir weiterhin Anstrengungen unternehmen müssen, um eine deutliche
781 Reduzierung des Autoverkehrs in Marburg zu erreichen. Maßnahmen wie den in den
782 vergangenen Jahren diskutierten Allnatalweg oder den Behring-Tunnel lehnen wir
783 daher entschieden ab.

784 Wir GRÜNEN wollen:

- 785 • keine zusätzlichen und keine kostenlosen Parkplätze in der Innenstadt und
786 stattdessen eine regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung der
787 Parktarife;
- 788 • den Autoverkehr in der Oberstadt, besonders in der Barfüßerstraße, weiter
789 reduzieren. Dazu sind unter anderem regelmäßige Kontrollen in der
790 Fußgängerzone nötig. Der Einsatz automatisch absenkbarer Poller könnte
791 dabei in einigen Bereichen ein sinnvolles Instrument sein;
- 792 • einen erneuten Anlauf für einen gemeinsamen Lieferverkehr in der Oberstadt
793 machen und gleichzeitig sicherstellen, dass weite Teile der Oberstadt auch
794 als Fußgängerzone erhalten bleiben;
- 795 • eine Verringerung der Verkehrsflächen für den ruhenden und fließenden
796 Autoverkehr zugunsten von Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV;
- 797 • das Parken in Parkhäusern gegenüber dem Parken im Straßenraum durch
798 geeignete Preisstaffelung attraktiver machen, um mehr Raum für den Fuß-
799 und Radverkehr zu schaffen;
- 800 • für Marburg spezifische Shared-Space-Bereiche, verkehrsberuhigte Zonen und
801 Spielstraßen unter Einbeziehung des Behindertenbeirates entwickeln;
- 802 • Anreizsysteme für die Abmeldung und den Verzicht auf PKWs einführen, z.B.
803 in Form von Förderprämien oder einem kostenlosen Jahresabo für den ÖPNV
804 sowie für die Anschaffung von E-Fahrrädern oder Lastenfahrrädern;
- 805 • Park&Ride-Systeme (P+R) so attraktiv wie möglich gestalten, mit
806 kostenlosem Parken und kostenloser Fahrt mit dem Bus in die Innenstadt,
807 wetterfesten Warteräumen, gesicherten Radabstellanlagen, Lademöglichkeiten
808 für E-Bikes und Elektroautos und Bereitstellung von Mietfahrrädern;
- 809 • Elektromobilität fördern und daher die notwendige Ladeinfrastruktur,
810 insbesondere auch in den Außenstadtteilen schaffen;
- 811 • die Schaffung neuer und direkt an die B3 angebundener Parkflächen am Rande
812 der Innenstadt, z. B. an der alten Universitätsbibliothek und in der Nähe
813 des Hauptbahnhofs. Parktickets dienen dabei gleichzeitig zur kostenlosen
814 Nutzung des ÖPNV im Innenstadtbereich;
- 815 • den Umbau der Verkehrsanbindung des Schulzentrums in der Leopold-Lucas-
816 Str. durch Schaffung von breiten Fußwegen und Sperrung der Leopold-Lucas-
817 Straße in der Zeit von 7 bis 16 Uhr für den Autoverkehr sowie eine

818 langfristige Umgestaltung unter Beteiligung der Schulgemeinden zu einem
819 Schul-Campus;

- 820 • Umbau der Leopold-Lucas-Straße zu einer Fahrradstraße;
- 821 • das Carsharing als umweltverträglichste Form der Autonutzung weiter
822 fördern durch die Bereitstellung weiterer Stellplätze in der Innenstadt
823 und dort, wo sie gebraucht werden;
- 824 • Etablierung von Carsharing auch in den Außenstadtteilen;
- 825 • Einführung von PKW-Mitnahmesystemen (durch Apps etc.) als Ergänzung des
826 ÖPNV zur attraktiveren Versorgung der Außenstadtteile und darüber hinaus;
- 827 • Tempolimits auf der Stadtautobahn: Tempo 80 für PKWs und Tempo 60 für
828 LKWs;
- 829 • Tempo 30 auch auf klassifizierten Straßen in der Innenstadt und in
830 Wohngebieten z.B. Biegenstraße, Deutschhausstraße, Frankfurter Str.,
831 Unistraße, Schwanallee;
- 832 • Einführung von temporären 30-Zonen (22 - 6 Uhr), z.B. im Marbacher Weg
833 oder in der Großseelheimer Straße;
- 834 • Bund und Land weiter mit Nachdruck auffordern, entlang der B3 in Marburg
835 eine Lärmschutzwand zu errichten, mit transparenten Abschnitten bei
836 Brücken (z.B. am Bahnhof);
- 837 • ergebnisoffen über die Zukunft der Marburger Stadtautobahn und mögliche
838 bauliche Alternativen diskutieren;
- 839 • Marburg zur (fast) abgasfreien Stadt entwickeln.

840 Den ÖPNV noch attraktiver gestalten

841 Zur Realisierung einer ökologisch nachhaltigen Verkehrswende gehört eine
842 Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Hier steht in der
843 Entwicklung eine neue Generation von Bussen mit Elektro- und
844 Brennstoffzellenantrieb am Start. Dass der ÖPNV weiter ausgebaut werden muss und
845 dafür auch neue Wege beschritten werden müssen, lehren uns nicht nur die vollen
846 Busse, sondern auch der nach wie vor dichte PKW-Verkehr. Wir wollen die
847 Attraktivität des ÖPNVs steigern, zum einen durch Verdichtung der Taktzeiten,
848 aber auch durch eine bessere Nutzbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen.

849 Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass andere Verkehrsbetreiber, wie
850 z.B. die Deutsche Bahn, der gesetzlichen Verpflichtung der Barrierefreiheit
851 nachkommen. Der Marburger Südbahnhof muss endlich zügig barrierefrei werden! Nur
852 so ist der Bahnhof für alle Bürger*innen eigenständig ohne Hilfe Dritter
853 nutzbar.

854 Für eine Weiterentwicklung des ÖPNV in Marburg sind auch neue Ideen gefragt. Es
855 muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie der Transport der
856 wachsenden Zahl von Studierenden, Beschäftigten, Patienten/innen und
857 Besucher/innen auf die Lahnberge sowie von Arbeitnehmer*innen zu den

858 Pharmastandorten in Marbach und Görzhausen bewältigt werden soll. Hier wollen
859 wir Lösungen finden, die schnelle Verbindungen und hohe Kapazitäten herstellen.

860 Es ist im Interesse Marburgs, den Ausbau des ÖPNVs auch über die Stadtgrenzen
861 hinaus zu unterstützen. Insbesondere die diskutierten Reaktivierungen der
862 Salzböde- und Ohmtalbahn haben eine große Relevanz für Marburg. Gleiches gilt
863 für einen Ausbau der Oberen Lahntalbahn.

864 Wir GRÜNEN wollen:

- 865 • eine gesteigerte Nutzung Öffentlicher Verkehrsmittel durch einen noch
866 attraktiveren Busverkehr;
- 867 • eine weitere Verbesserung der Taktfolge, insbesondere bei den Linien auf
868 die Lahnberge, zu den Pharmastandorten in Marbach und Görzhausen, aber
869 auch in die Außenstadtteile
- 870 • eine engere Nahverkehrstaktung mindestens alle 15 Minuten in die großen
871 Stadtteile Cappel, Marbach, Ockershausen, Richtsberg und Wehrda sowie
872 mindestens alle 30 Minuten in die Außenstadtteile;
- 873 • eine bessere Bustaktung durch Überlappung der Linien innerhalb der
874 Innenstadt zur optimalen Anbindung aller Kernstadtbereiche;
- 875 • schnelle Busverbindungen zwischen den großen Stadtteilen Cappel und Wehrda
876 und der Innenstadt z.B. durch Nutzung der B3 schaffen;
- 877 • Einführung eines Ringbusverkehrs durch die westlichen Stadtteile mit
878 Anbindung des Görzhäuser Hofes und des Hauptbahnhofs.
- 879 • Einführung eines Ringbusses für die östlichen Stadtteile unter
880 Einbeziehung der Lahnberge
- 881 • Modellversuche zum fahrscheinlosen ÖPNV etablieren, um die Nutzung des
882 Busverkehrs attraktiver zu machen;
- 883 • Eine höhere Taktung auch in Tagesrandzeiten und am Wochenende, z.B.
884 samstags;
- 885 • Barrierefreiheit im System für alle. Abbau von Nutzungsbarrieren durch
886 mehr Platz für Kinderwagen, Rollatoren und Fahrräder durch größere
887 Mehrzweckbereiche in den Bussen;
- 888 • Erhöhung der Kapazitäten zur Mitnahme von Fahrrädern auf die Lahnberge und
889 in den Stadtwald;
- 890 • Einführung von Bussen der neuesten technologischen Generation (Elektro-
891 und Brennstoffzellenantrieb), sowie Erhöhung des Fahrkomforts u.a. durch
892 bequeme Sitze und funktionierende Klima- und Belüftungsanlagen;
- 893 • Wetterfeste Wartehäuschen an den Haltepunkten, Verbesserung der
894 Wartefrastruktur;
- 895 • Bessere ÖPNV-Anbindung der Außenstadtteile durch abgestimmte
896 Linienführung, Taktverdichtung und Ausbau des AST-Angebots;
- 897 • Schaffung eines kostenlos nutzbaren Nachtbusverkehrs an Wochenenden und
898 unter Einbeziehung der Stadtteile,
- 899 • eine Steigerung der Attraktivität der Buslinien und Zugstrecken, die
900 Marburg mit den Nachbargemeinden verbinden, in Zusammenarbeit mit dem
901 Landkreis und dem RMV;

- 902 • eine Verbesserung der Einbindung Marburgs in das Fernverkehrsnetz der
903 Deutschen Bahn, z.B. durch eine höhere IC- und ICE-Frequenz mit Halt in
904 Marburg;
- 905 • eine Verbesserung der Bahnverbindung nach Kassel und Frankfurt in
906 entsprechend gut ausgebauten Zügen, die insbesondere auf der Linie RE98
907 auch den hohen Passagierbedarfen gerecht werden;
- 908 • die Initiativen und Untersuchungen zur Reaktivierung der Salzböde- und
909 Ohmtalbahn und einen Ausbau der Oberen Lahntalbahn unterstützen;
- 910 • eine häufigere Durchbindung der Burgwald- und Oberen Lahntalbahn bis
911 Marburg Süd;
- 912 • Prüfung zusätzlicher Haltepunkte des Bahn-Regionalverkehrs im Bereich
913 "Marburg Mitte" auf Höhe der alten Universitätsbibliothek, in Gisselberg
914 und am Kaufpark in Wehrda.

915 Marburgs Arbeitsplatzschwerpunkte besser anbinden

916 In den Fachbereichen der Universität auf den Lahnbergen und im Klinikum gibt es
917 bereits jetzt schon mehrere tausend Beschäftigte. Täglich pendeln außerdem
918 tausende Studierende zwischen Stadt und Lahnbergen. Viele Menschen aus Marburg
919 und dem Umland werden stationär oder ambulant im Klinikum behandelt. Daraus
920 resultiert bereits jetzt ein großes Verkehrsaufkommen. In Stoßzeiten
921 transportieren die Stadtbusse schon heute bis zu 600 Personen in der Stunde auf
922 die Lahnberge oder zurück. Die Parkplatzkapazitäten am Klinikum sind bereits
923 ausgeschöpft.

924 Dabei wird es nicht bleiben. Die Erweiterung des Uni-Standorts Lahnberge dauert
925 an und weitere Entwicklungsschritte befinden sich in Planung. Der Bedarf an
926 schnellen und ausreichenden Transportmöglichkeiten wird also noch zunehmen.

927 Da die Universitätsverwaltung, das Hörsaalgebäude sowie der Uni- Campus der
928 Gesellschafts- und Geisteswissenschaften sich weiterhin in der Kernstadt
929 befinden, besteht die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Verbindung zwischen
930 der Kernstadt und den Lahnbergen. Diese wird durch Busse und Radverkehr allein
931 nicht erreicht werden können. Der Busverkehr auf die Lahnberge ist an seiner
932 Kapazitätsgrenze angelangt. Auch die nicht unsinnige Umstellung auf
933 Oberleitungsbusse wird die Kapazitätsprobleme nicht nachhaltig lösen können.

934 Daher ist es notwendig eine offene Diskussion über mögliche, alternative
935 Verkehrsträger zu führen, die insbesondere schnelle und attraktive Verbindungen
936 schaffen und hohe Kapazitäten ermöglichen.

937 Als einen Baustein zur Lösung dieser großen Aufgabe haben wir Grüne schon früh
938 den Bau einer Seilbahn von der Innenstadt bis zum Klinikum auf dem Lahnbergen
939 vorgeschlagen. Wir sind allerdings nicht auf einen einzigen Verkehrsträger
940 festgelegt. Zentral ist die Ermöglichung attraktiver Verbindungen und hoher
941 Kapazitäten.

942 Fußverkehr stärken und attraktiv gestalten

943 Zu Fuß gehen ist die natürliche und ursprüngliche Art der Fortbewegung und es
944 ist die gesündeste. Fußgänger*innen im Mobilitätssystem der Stadt sind im

945 Konfliktfall aber die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Deshalb müssen ihre
946 Interessen bei der Verkehrsplanung und vor allem bei der Quartiersplanung
947 Priorität haben. Dies wollen wir weiter vorantreiben und die Interessen von
948 Fußgänger*innen sowie die Barrierefreiheit und Freizeitaspekte bei Baumaßnahmen
949 berücksichtigen.

950 Außerdem gehört zur Verbesserung des Fußverkehrs die Optimierung der Durchwegung
951 von bebauten Gebieten. Soweit dies möglich ist, sollten für Fußgänger*innen
952 kürzere Wegebeziehungen geschaffen und die Attraktivität der Wegstrecken zu den
953 in Marburg viel besuchten Zielen erhöht werden.

954 Wir GRÜNEN wollen:

- 955 • Wegebeziehungen für den Fußverkehr verbessern und den Fußgänger*innen
956 sichtbar machen z.B. durch Schaffung weiterer Querungsmöglichkeiten;
- 957 • die Sicherung ausreichend häufiger und langer Grünphasen für
958 Fußgänger*innen an Ampeln;
- 959 • die Schaffung breiter Gehwege;
- 960 • sichere Fußwege und Treppen durch Nachrüstung mit Geländern und Markierung
961 von Stufen;
- 962 • die Reduzierung von Rollwiderständen zum Vorteil für Rollstuhl- Rollator-
963 und Kinderwagennutzer*innen;
- 964 • den weiteren Ausbau von Orientierungssystemen und Bodenleitstrukturen für
965 die sehbehinderten und blinden Menschen in Marburg;
- 966 • Begrünungsmaßnahmen und Schaffung bedarfsgerechter Sitzangebote;
- 967 • Angsträume in den Wegebeziehungen abbauen;
- 968 • die Konfliktpotenziale des Fußverkehrs mit dem Radverkehr minimieren z.B.
969 durch Trennung der Verkehrsbereiche.;

970 Radverkehr mit Nachdruck fördern

971 Unser Ziel ist es, den Radverkehr in Marburg noch attraktiver zu gestalten. Dazu
972 wollen wir das bestehende Radverkehrsnetz erweitern und verbessern. Dabei geht
973 es vorrangig um den Alltagsverkehr zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zu
974 Veranstaltungen etc.

975 Elektromobilität bedeutet nicht zuletzt auch die Nutzung von Pedelecs,
976 Elektrofahrrädern und E-Lastenrädern. Diese werden von immer mehr Menschen
977 genutzt und dafür braucht es sichere Abstellplätze und ein gut ausgebautes
978 Radwegenetz.

979 Der Anbindung der Stadtteile gilt unser besonderes Augenmerk. Grundsätzlich soll
980 der Radverkehr bei allen Neuplanungen von Anfang an mitgedacht werden.

981 Die wichtigen Ziele in der Stadt müssen durch Radwegebeziehungen verbunden
982 werden.

- 983 Die Attraktivität des Radverkehrs soll durch Mitnahmemöglichkeit der Räder im
984 Bus, eine Erweiterung und Verbesserung der Abstellmöglichkeiten vor allem an
985 Bahnhöfen, Haltestellen, Veranstaltungsorten usw. sowie der Sicherstellung des
986 Winterdienstes auch auf Radwegen gesteigert werden.
- 987 Wir wollen, dass der Fuß- und Radverkehr mehr Verkehrsraum in Marburg erhält.
988 Der Weg in die Innenstadt mit dem Fahrrad oder zu Fuß muss attraktiver sein, als
989 mit dem Auto.
- 990 Wichtig zur Erreichung der Ziele ist auch eine Verbesserung des allgemeinen
991 "Fahrradklimas" in der Stadt durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit.

992 Wir GRÜNEN wollen:

- 993 • eine direkte und beleuchtete Radverbindung von der Innenstadt zum Uni-
994 Campus Lahnberge über den Alten Kirchhainer Weg;
- 995 • den Ausbau des Radwegenetzes auf dem Campus Lahnberge;
- 996 • eine attraktive und sichere Radanbindung der Pharmastandorte in Marbach
997 und Görzhausen aus der Innenstadt und den Außenstadtteilen;
- 998 • durchgängige, sichere Radverkehrsachsen durch die Innenstadt wie z. B.
999 Pilgrimstein - Rudolphsplatz - Schulstraße - Wilhelmstraße – Schulzentrum;
- 1000 • mehr Sicherheit des Radverkehrs durch Trennung von Radwegen und
1001 Straßenverkehr und dort, wo es möglich ist, durch die Umwandlung bzw. den
1002 Rückbau von Straßen;
- 1003 • eine schnellstmögliche Realisierung der Lahnbrücke zwischen Afföllerwiesen
1004 und Wehrdaer Weg und deren Verbindung mit den bereits realisierten
1005 Teilstücken der Radwege im Lahnvorland;
- 1006 • die Prüfung von in Frage kommenden Straßen zur Ausweisung als
1007 Fahrradstraßen, z. B. Pilgrimstein;
- 1008 • die Verbesserung der Verbindung Heinrich-Meister-Tunnel - Zimmermannstraße
1009 – Jägertunnel;
- 1010 • eine weitere Verbesserung der Verbindung Lahnuferweg - Am Grün,
1011 insbesondere durch Sperrung letzterer Straße für den Autoverkehr;
- 1012 • die Projektierung einer neuen Radverkehrsverbindung entlang des Cappeler
1013 Berges bis zum Südbahnhof;
- 1014 • den Ausbau des regionalen Wegenetzes für den Alltags-Radverkehr zur
1015 besseren Anbindung aller Außenstadtteile und des Umlands;
- 1016 • Radschnellwege zur Stadt-Umland-Verbindung oder z.B. nach Gießen;
- 1017 • eine verstärkte Erweiterung der Ampelanlagen um Radfahrrampeln. Dies trägt
1018 zum verbesserten Verkehrsablauf und zur Sicherheit des Verkehrs bei;
- 1019 • die Beschleunigung des Radverkehrs durch die Abstimmung der Grünphasen auf
1020 den Radverkehr;
- 1021 • die zügige Errichtung der geplanten Fahrradstation am Parkhaus
1022 Pilgrimstein, am Hauptbahnhof, auf dem Campus Lahnberge, an der neuen UB
1023 und an den Marburger Schulen, die wetterfest, diebstahlsicher sowie

- 1024 architektonisch und stadtgestalterisch attraktiv sind und
1025 Lademöglichkeiten für E-Fahrräder bieten;
- 1026 • einen weiteren Ausbau von Abstellanlagen und Radboxen u.a. an Park&Ride-
1027 Parkplätzen und Bushaltestellen;
- 1028 • einen verstärkten Ausbau der Infrastruktur für Elektrofahrräder, weil sie
1029 eine Zukunftsoption für den Verkehr im bergigen Marburg sind;
- 1030 • den Ausbau des Verleihsystems für Elektroräder;
- 1031 • die Erarbeitung von Schulwegplänen für Radverkehrs-nutzung;
- 1032 • die Förderung der Beschäftigung mit Radtechnik an Schulen (Räder für
1033 Kids), z.B. im Rahmen des Pakts für den Nachmittag;
- 1034 • die Unterstützung von Initiativen wie RADIKATE, die die Fähigkeiten von
1035 Radfahrer*innen steigern, eigenständig ihre Fahrräder reparieren zu
1036 können;
- 1037 • die Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern im ÖPNV verbessern, gerade in den
1038 Zeiten des Berufs- und Schülerverkehrs;
- 1039 • den Ausbau und die bessere stadträumliche Einbindung der Stationen des
1040 Mietrad-Systems, auch für Lastenräder;
- 1041 • die im Radverkehrsentwicklungsplan der Stadt Marburg vorgeschlagenen
1042 Maßnahmen zügig umsetzen.
- 1043 Grüne Sozialpolitik in Marburg: Für eine gleichberechtigte und selbstbestimmte
1044 Teilhabe
- 1045 Ziel grüner Sozialpolitik ist es, Marburg als lebenswerte Stadt mit einer hohen
1046 sozialen Kultur und einem inklusiven Klima weiter zu entwickeln. Allen
1047 Bürger*innen soll die Teilhabe daran ermöglicht werden. Minderjährige,
1048 benachteiligte, ältere u.a. Menschen sollen die Hilfe und Unterstützung
1049 erhalten, die sie für ein soweit als möglich selbstbestimmtes und
1050 zufriedenstellendes Leben brauchen. Ihre individuellen Bedarfe dafür sind sehr
1051 unterschiedlich und erfordern deshalb eine Vielfalt von Hilfen und
1052 Unterstützungsmaßnahmen, die an ihren jeweiligen Möglichkeiten, Voraussetzungen
1053 und Fähigkeiten ansetzen. Gleichzeitig gilt es, auch sie vor Ausgrenzungen und
1054 Diskriminierungen zu schützen.

1055 Im Fokus unserer Politik stehen folgende Personengruppen und Bereiche:

- 1056 • Kinder und Jugendliche;
- 1057 • Menschen mit geringem Einkommen und Menschen in Notlagen;
- 1058 • Menschen mit körperlichen, kognitiven und psychischen Einschränkungen;
- 1059 • Menschen im Alter;
- 1060 • Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder Armut nach Deutschland geflohen
1061 sind;
- 1062 • Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung;
- 1063 • Maßnahmen der Gesundheitsförderung;

1064 Kinder und Jugendliche

1065 Unser Ziel ist es, positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für junge
1066 Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu
1067 schaffen. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen beim Aufwachsen unterstützen,
1068 besonders diejenigen, die aufgrund ihrer Herkunft, der Einkommenssituation ihrer
1069 Familie, ihres Geschlechts oder einer Behinderung in ihrer individuellen
1070 Entwicklung benachteiligt sind. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen in
1071 Marburg verbessern, und eine zugewandte, liebevolle Erziehung in Familien, in
1072 der Kindertagesbetreuung, in der Jugendhilfe und in den familienanalogen
1073 Einrichtungen der Erziehungshilfen ermöglichen. Der Sprache als zentraler
1074 Kompetenz für Teilhabe und Zusammenleben muss in der frühkindlichen Erziehung
1075 deutlich größere Beachtung geschenkt werden. Dies gilt vor allem für die Kinder,
1076 deren Eltern aus Kriegs- und Krisengebieten geflohen sind und kein oder wenig
1077 Deutsch sprechen. Durch umfassende Elternarbeit muss dafür gesorgt werden, dass
1078 diese Kinder Krippen und Kitas besuchen. Die Digitalisierung und soziale Medien
1079 spielen heute eine große Rolle in der Lebenswelt von Kindern und die
1080 Digitalisierung aller Lebensbereiche wird zukünftig weiter zunehmen. Die damit
1081 verbundenen Probleme werden jedoch vielfach nicht hinreichend wahrgenommen und
1082 reflektiert, wie z.B. soziale Isolation der Kinder infolge übermäßigen
1083 Medienkonsums, die Überforderung von Kindern aufgrund altersunangemessener
1084 Inhalte, die mangelhafte Qualifikation und die daraus resultierende mangelnde
1085 Fähigkeit der Erziehenden, Kinder vor Gefahren zu schützen und kritisch-
1086 konstruktiv zu begleiten.

1087 Wir GRÜNEN wollen:

- 1088 • es möglich machen, dass alle Kinder in Marburg Krippen und Kitas besuchen
1089 und insbesondere auch Kinder aus Familien, die aus Kriegs- und
1090 Krisengebieten geflohen sind;
- 1091 • deshalb zum einen die interkulturelle Qualität der privaten und
1092 öffentlichen Betreuungseinrichtungen und die erforderliche Anzahl von
1093 Plätzen sicherstellen, zum anderen eine intensive Zusammenarbeit mit

- 1094 Familien ermöglichen, die neu in Marburg sind. Dies kann in Kooperation
1095 mit Gemeinwesenprojekten oder Familienzentren erfolgen;
- 1096 • Voraussetzungen schaffen, die es allen Kindern ermöglichen sollen, ihre
1097 jeweiligen Potentiale gut zu entwickeln. Frei verfügbare Zeit und offene
1098 Räume, die ihre Neugier, ihre Phantasie und ihre Sinne anregen, die sie
1099 selbst gestalten und in denen sie sich erproben können, in denen sie
1100 Neues, auch jenseits pädagogischer Vorgaben in der Natur entdecken können,
1101 gehören dazu;
- 1102 • daher verstärkt Aktivitäten in der Natur fördern, sowohl für Familien wie
1103 für Krippen und Kitas, weil sie in besonderer Weise zu einem gesunden
1104 Aufwachsen beitragen und gleichermaßen helfen, einen wertschätzenden
1105 Umgang mit der Natur einzuüben.
- 1106 • öffentliche Spielplätze verstärkt als Spielräume ausbauen und über die
1107 übliche Spielplatzmöblierung hinausgehende naturbezogene
1108 Gestaltungsmöglichkeiten integrieren;
- 1109 • bei Projekten zur Erneuerung oder Modernisierung von Spiel- und
1110 Bolzplätzen und ähnlichen Einrichtungen stark auf eine Einbeziehung von
1111 Kindern und Jugendlichen sowie der Elternschaft setzen;
- 1112 • Die gezielte Förderung der sprachlichen Entwicklung und Verständigung
1113 aller Kinder besonders jener aus Familien mit nur geringen oder keinen
1114 Deutschkenntnissen ausbauen;
- 1115 • Qualifikationsmöglichkeiten für Erzieher*innen/Fachkräfte der
1116 Betreuungseinrichtungen in den Themenbereichen Naturerleben, Spracherwerb,
1117 Umgang mit Medien, sowie Kenntnis und Umgang mit traumatisierten Kindern
1118 erweitern.
- 1119 Jugendpolitik muss verstärkt die Schulen nicht nur als Orte der
1120 Wissensvermittlung, sondern ebenso als Orte in den Blick nehmen, wo Kinder und
1121 Jugendliche einen immer größer werdenden Teil ihrer Lebenszeit verbringen,
1122 soziale Beziehungen haben und ihre Persönlichkeiten in Gemeinschaft mit anderen
1123 entwickeln. Schulen, sind auch Orte, wo individuelle Probleme aber auch
1124 Fähigkeiten und Begabungen wahrgenommen, Hilfe- sowie Förder- und
1125 Unterstützungsbedarfe erkannt und entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet
1126 werden können. Dafür muss es verstärkt Sozialpädagog*innen in den Schulen geben,
1127 erst recht vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung zur Ganztagschule. Bei
1128 allem ist allerdings auch Sorge dafür zu tragen, dass genügend Freiräume für
1129 eigenständige und pädagogikfreie jugendliche Aktivitäten offengehalten bleiben.
- 1130 Der im Jahr 2020 veröffentlichte Marburger Jugendbericht macht deutlich, dass
1131 die Heranwachsenden und jungen Erwachsenen sich nicht oder zu wenig von der
1132 Stadt und sogar von den für die Jugend zuständigen öffentlichen und freien
1133 Trägern wahrgenommen fühlen. Sie sehen ihre Bedarfe, ihre Fähigkeiten,
1134 Erprobungs- und Selbstgestaltungswünsche, ihre Neigungen und Vorlieben wie auch
1135 ihre Inszenierungsbedürfnisse im öffentlichen Raum ignoriert.

1136 Wir GRÜNEN wollen:

- 1137 • allen Jugendlichen einen offenen Zugang zu Teilhabe-, Erziehungs- und
1138 Bildungshilfen im Prozess des Erwachsenwerdens ermöglichen; auch ihre
1139 Familien müssen dabei einbezogen und entsprechend ihrem jeweiligen Bedarf
1140 unterstützt werden;
- 1141 • die sozialpädagogische Arbeit in Schulen, die dazu beitragen soll,
1142 individuelle Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten bei den Kindern und
1143 Jugendlichen wahrzunehmen und die dafür erforderlichen Hilfe- sowie
1144 Unterstützungsmaßnahmen einzuleiten, weiter ausbauen. Die Kooperation der
1145 kommunalen Jugendhilfe mit den Gemeinwesenprojekten und anderen freien
1146 Trägern der Jugendhilfe ist dafür unabdingbar;
- 1147 • neue, vielfältige Formen der Kommunikation mit den Jugendlichen an jenen
1148 Orten, wo sie sich aufhalten - Schulen, öffentliche Plätze wie die
1149 Lahnterrassen, Sportplätze, im Internet usw. – auf den Weg bringen, um mit
1150 ihnen ihre Bedarfe und Wünsche zu klären, wie und wo diese umgesetzt
1151 werden können und wie dies möglichst ohne die bekannten Konflikte erfolgen
1152 kann;
- 1153 • sicherstellen, dass was verhandelt wurde, auch eine Umsetzung erfährt. Wir
1154 streben eine partizipative Begleitung der neuen, gemeinsam erarbeiteten
1155 Projekte durch Streetworker*innen an.

1156 Menschen mit geringem Einkommen, Menschen in Notlagen

1157 Bürger*innen, die von Transferleistungen wie Hartz IV abhängig sind, deren
1158 Einkommen unterhalb oder nur wenig oberhalb der Armutsgrenze liegt, die
1159 wohnungslos sind bedürfen oft ergänzender finanzieller Unterstützung zur
1160 Sicherung des Lebensunterhalts und für Teilnahmemöglichkeiten an den Freizeit-
1161 und kulturellen Angeboten der Stadt. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die
1162 Stadt Marburg neben den bisherigen Leistungen des Stadtpasses, ergänzende
1163 Leistungen anbietet wie die kostenlose Nutzung des ÖPNV, bessere Bedingungen für
1164 die Teilnahme am kulturellen Leben, an kulturellen Veranstaltungen und an
1165 Bildungsangeboten sowie Zuschüssen zur Miete, wenn Mieterhöhungen den
1166 Wohnungswechsel erzwingen. Zugleich müssen für die Reintegration von Menschen
1167 ohne Arbeit in den Arbeitsmarkt verstärkt Weiterbildungsmöglichkeiten, Praktika
1168 usw. angeboten werden. Für Jugendliche, die ohne Abschluss die Schule verlassen
1169 oder ihre Ausbildung abbrechen, gibt es bereits einige gute Ansätze, die weiter
1170 ausgebaut werden müssen.

1171 Aufgrund steigender Mieten sehen sich immer mehr Menschen in Marburg die die
1172 Wohnungslosigkeit gedrängt. Aber auch in Folge anderer Ereignisse, wie
1173 Suchterkrankung, Trennung, Räumungsklage oder der Verlust des Arbeitsplatzes,
1174 verlieren viele Menschen jährlich ihre Wohnung. Für uns ist klar: der beste
1175 Schutz vor Wohnungslosigkeit ist erschwinglicher Wohnraum für alle
1176 Marburger*innen. Darüber hinaus müssen den Bedürfnissen von wohnungslosen
1177 Menschen entsprechende Angebote, wie die gleichzeitige medizinische und
1178 psychotherapeutische Betreuung, die Bereitstellung von abschließbaren
1179 Rückzugsräumen oder die Unterbringungsmöglichkeit für Begleittiere weiter
1180 ausgebaut werden.

1181 Die Corona-Pandemie hat all diese Probleme verstärkt und erfordert eine erhöhte
1182 Aufmerksamkeit der Stadt für die wachsenden Hilfebedarfe von Marburger
1183 Bürger*innen.

1184 In Marburg gibt es nach wie vor einen großen Bedarf an kostengünstigen und
1185 barrierefreien Wohnungen. Hier müssen verstärkt öffentliche Wohnungsbau-träger in
1186 die Pflicht genommen und Anreize für private Bau-träger geschaffen werden. Dabei
1187 ist auch sicherzustellen, dass keine Gentrifizierung erfolgt.

1188 Wir GRÜNEN wollen:

- 1189 • ergänzende Leistungen für finanzschwache Marburger*innen, wie die
1190 kostenlose Nutzung des ÖPNV, bessere Bedingungen für die Teilnahme an
1191 kulturellen Veranstaltungen und an Bildungsangeboten sowie Zuschüsse zur
1192 Miete;
- 1193 • den Ausbau von Unterkünften und flexibel nutzbaren Wohnungen für die
1194 zeitweise Unterbringung von wohnungslosen Menschen;
- 1195 • den Ausbau Hilfe- und Beratungsangebote auch durch aufsuchende
1196 Sozialarbeit
- 1197 • die bedarfsgerechte Sicherung des Kälteschutzes im Winter;
- 1198 • Ausbau der Zusammenarbeit mit und finanzielle Unterstützung von
1199 zivilgesellschaftlichen Trägern, z.B. beim Aus- und Umbau bestehender
1200 Unterkünfte;
- 1201 • den Ausbau des Programms zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und
1202 die Rückkehr in eine eigene Wohnung;
- 1203 • eine hohe Aufmerksamkeit für die sich in Corona-Zeiten verstärkenden
1204 Hilfebedarfe von Marburger Bürger*innen und zeitnahe Maßnahmen.

1205 Menschen mit körperlichen, psychischen und kognitiven Einschränkungen

1206 Für alle Menschen in Marburg - auch diejenigen mit körperlichen, psychischen und
1207 kognitiven Einschränkungen - muss die Chance gegeben sein, eine so weit wie
1208 möglich selbstbestimmte Lebensführung zu realisieren und aktiv am Leben in der
1209 Gesellschaft, an Freizeit- und Kulturangeboten teilzunehmen.

1210 Wir GRÜNEN wollen:

- 1211 • die dafür erforderlichen barrierefreien Infrastruktureinrichtungen in
1212 öffentlichen Bauten (z.B. die Sanitäranlagen im Erwin-Piscator-Haus), im
1213 Wegenetz, beim Wohnungsneubau und im ÖPNV voranbringen;
- 1214 • bedarfsdeckende Assistenz- und Pflegeleistungen in der Kommune absichern;
- 1215 • den bedarfsgerechten Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen mit neuen
1216 Initiativen, unterstützt durch die Stadt, erreichen;
- 1217 • dass die Bedingungen für die Teilhabe aller Menschen am politischen Leben
1218 verstärkt in den Blick genommen und alle dafür erforderlichen Maßnahmen
1219 geschaffen/bereit gestellt werden wie z.B. einfache Sprache in

1220 Verwaltungsmittelungen, leichte Sprache für Menschen mit Einschränkungen,
1221 erweiterte Zugänglichkeit für Sehbeeinträchtigte oder der Einsatz von
1222 Gebärdensprache;

- 1223 • die Umsetzung dieser Teilhabemaßnahmen soll in Kooperation und mit
1224 Unterstützung des Behindertenbeirats und anderer Gremien und Verbände der
1225 Behindertenarbeit erfolgen.

1226 Mit dem Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist die Stadt für die
1227 Altersgruppe der Kinder- und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen bis zum
1228 Schulabschluss sowie für die erst im Alter hilfebedürftig gewordenen Menschen
1229 zuständig. Damit wurden die Möglichkeiten verbessert, die Hilfeleistungen
1230 deutlicher und unbürokratischer unmittelbar an den Bedarfen der Betroffenen zu
1231 orientieren.

1232 Wir GRÜNEN wollen:

- 1233 • die Kooperation der Stadt mit den Betroffenen und den beteiligten freien
1234 Trägern für die Planung des Sozialraums und die Entwicklung der
1235 Hilfestrukturen insgesamt vorantreiben;
- 1236 • und dabei insbesondere auch die Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder
1237 mit und ohne Beeinträchtigungen öffnen.

1238 Menschen im Alter

1239 Nach ihrem Erwerbsleben nehmen Bürger*innen zunehmend an der Gestaltung des
1240 sozialen und kulturellen Lebens teil. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der
1241 lebendigen und kreativen Zivilgesellschaft der Stadt. Zumeist im
1242 fortgeschrittenen Alter lassen jedoch die dafür und für die Alltagsbewältigung
1243 erforderlichen Kräfte nach. Deshalb benötigen sie dann häufig ergänzende Hilfen.
1244 Alle jüngeren Umfragen zeigen, dass sowohl behinderte als auch ältere
1245 hilfebedürftige Menschen es in großem Umfang ablehnen, in Heimen zu leben. Sie
1246 wollen so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung oder wenigstens in ihrem
1247 bisherigen Umfeld leben.

1248 Wir GRÜNEN wollen:

- 1249 • sicherstellen, dass die für ein selbständiges Leben bei nachlassenden
1250 Kräften erforderlichen Hilfen zur Verfügung stehen;
- 1251 • dafür Sorge tragen, dass neue Initiativen für haushaltsnahe
1252 Dienstleistungen auf den Weg gebracht werden, die wohnortnah abrufbar
1253 sind, damit ältere Bürger Teil einer Nachbarschaft bleiben können;
- 1254 • statt der Schaffung neuer stationärer Einrichtungen den Ausbau ambulanter,
1255 quartiersbezogener Strukturen mit nachbarschaftlichen Hilfen und Angeboten
1256 voran treiben, um Isolation und Vereinsamung zu verhindern;
- 1257 • Begegnungs- und Engagementmöglichkeiten sowie gemeinsame
1258 Freizeitgestaltung (z.B. nach dem Bielefelder Modell) weiter ausbauen

- 1259 analog zu den bereits existierenden Nachbarschaftsprojekten und
1260 Initiativen der Bürger(selbst)hilfe;
- 1261 • die Einführung eines Quartiersmanagements in allen Stadtteilen Marburgs,
1262 das Treff-, Beratungs- und Hilfsangebote koordiniert und vermittelt;
- 1263 • die Entwicklung dieser Quartiersstrukturen in Kooperation und mit
1264 Unterstützung der Ortsbeiräte und Gemeinwesenprojekte vorantreiben.

1265 Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder Armut geflohen sind

1266 Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder Armut nach Deutschland geflohen sind,
1267 brauchen die Unterstützung der Stadt und der Stadtgesellschaft, besonders jene,
1268 die krank oder traumatisiert sind. Die Integration in das Leben der Stadt und
1269 die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens macht umfängliche Unterstützung
1270 erforderlich. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für
1271 eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen,
1272 medizinische Versorgung und Bildung. Wir wollen uns für Bleibeperspektiven und,
1273 im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten, gegen Abschiebungen einsetzen.

1274 Neben der Grundversorgung ist eine gute Sprachförderung sehr wichtig. Sie wird
1275 derzeit nicht ausreichend durch die mit dem Asylantrag und dem Aufenthaltsrecht
1276 verbundenen Pflichtveranstaltungen gewährleistet. Gute Sprachförderung sollte
1277 alle Gruppen erreichen auch jene, die wenig Kontakt zum Leben dieser Stadt
1278 haben, nicht erwerbstätig oder in Ausbildung sind. Mögliche Orte, sie zu
1279 erreichen könnten z.B. Krippen, Kitas, Familienzentren, nachbarschaftlichen
1280 Frauentreffs usw. sein.

1281 Gleichzeitig muss aber auch jenen, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig
1282 sind, ein spürbares Entgegenkommen in öffentlicher Einrichtungen und Ämtern
1283 gezeigt werden. Hier sollten Verwaltungsmitarbeitende, die eine Sprache der
1284 Geflüchteten beherrschen oder Englisch sprechen, zur Verfügung stehen.

1285 Für die Teilhabe am Leben der in Stadt, z.B. beim Sport, in der Kultur oder in
1286 Vereinen sind neue Wege zu eröffnen wie z.B. Patenschaften oder
1287 Vereinsmitgliedschaften. Zur Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens gehört
1288 wesentlich die Erwerbstätigkeit. Dafür bedarf es vielfältiger Formen der
1289 Unterstützung bei der Ausbildung und der Suche nach Arbeitsplätzen.

1290 Wir GRÜNEN wollen:

- 1291 • den Ausbau der Hilfen für Traumatisierte, vor allem für traumatisierte
1292 Kinder und Jugendliche;
- 1293 • den Ausbau der Sprachförderung durch gezielte Angebote für spezifische
1294 Gruppen vor allem an Orten, wo diese sich aufhalten;
- 1295 • die Förderung ehrenamtlicher Begleitstrukturen für die Verbesserung der
1296 Teilhabemöglichkeiten am Leben der Stadt;
- 1297 • den Ausbau der Hilfen bei der Suche nach Ausbildungs- und
1298 Arbeitsplätzen der hessischen Landesregierung und der Bundesregierung
1299 anbieten, zusätzliche Geflüchtete über die festgelegte Quote hinaus
1300 aufzunehmen.

1301 Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung

1302 Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat in Deutschland leider
1303 eine lange Tradition. Auch in Marburg sind Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe,
1304 ihrer (zugeschriebenen) Herkunft oder Religionszugehörigkeit, ihrer
1305 körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen, ihres Geschlechts oder
1306 ihrer sexuellen Identität vielfach Angriffen und/oder Diskriminierungen
1307 ausgesetzt. Das zeigt sich zum Beispiel durch Benachteiligungen auf dem
1308 Arbeitsmarkt, bei der Anmietung von Wohnungen und bei der Behandlung durch
1309 Behörden. Weniger wahrgenommenen, aber nicht minder beklagenswert sind Formen
1310 von Demütigungen, Herabsetzungen und Erniedrigungen, die Menschen mit
1311 Behinderung, insbesondere auch Frauen oder People of Colour mit Behinderung
1312 erfahren.

1313 Unser aller Aufgabe ist: Zusammenstehen, Hinsehen, Einschreiten. Wir müssen als
1314 Stadt, als Gesellschaft, als Individuen Antirassist*innen sein, uns aktiv gegen
1315 alle Formen der Diskriminierung und Ausschließung von Menschen aus der
1316 Stadtgesellschaft einsetzen und unsere eigene Sozialisierung dabei hinterfragen,
1317 um eine offene, rassistuskritische und tolerante Kommune zu schaffen.

1318 Eine Antidiskriminierungs- oder Ombudsstelle im Rathaus wäre ein wichtiges
1319 Instrument, um im Sinne des Art. 3 GG gegen alle Formen der Ausgrenzung
1320 vorzugehen und diese öffentlich zu thematisieren. Darüber hinaus kann sie
1321 Betroffene beraten, ihnen helfen, die für ihre Belange und Probleme zuständigen
1322 und qualifizierten Trägern/Einrichtungen zu finden und über
1323 Finanzierungsmodalitäten, Antragsstellungen usw. informieren. Die bereits
1324 durchgeführte Studie über Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen sollte
1325 ergänzt werden um eine wissenschaftliche Studie zu rassistischer Diskriminierung
1326 von Marburger*innen im Alltag und bei Behörden.

1327 Um all diese Aufgaben wahrnehmen zu können muss die interkulturelle Kompetenz
1328 der öffentlichen Bediensteten durch Fort- und Weiterbildungsangebote gestärkt
1329 werden. Bei all diesen Maßnahmen muss mit dem Ausländerbeirat kooperiert werden.

1330 Wir GRÜNEN wollen:

- 1331 • eine Antidiskriminierungs-Stelle im Rathaus einrichten, die im Sinne des
1332 Art. 3 GG gegen alle Formen der Ausgrenzung vorgeht;
- 1333 • eine wissenschaftliche Studie zu rassistischer Diskriminierung von
1334 Marburger*innen im beruflichen und außerberuflichen Alltag und bei
1335 Behörden;
- 1336 • die Entwicklung von Konzepten, die von Kindereinrichtung und Schulen
1337 genutzt werden kann, um präventiv gegen Rassismus, Diskriminierung und
1338 Ausgrenzung zu arbeiten;
- 1339 • die Förderung antirassistischer und interkultureller Initiativen z.B.
1340 indem kostenfreie kommunale Räumlichkeiten dafür zur Verfügung gestellt
1341 werden;
- 1342 • die Fortbildungsangebote für Mitarbeitende öffentlicher und privater
1343 Träger ausbauen, die die interkulturelle Kompetenz und die
1344 Sensibilisierung für Rassismus stärken.

1345 Maßnahmen zur Gesundheitsförderung

1346 Maßnahmen der Gesundheitsförderung dienen vor allem der Prävention. Sie
1347 betreffen alle Personengruppen der Stadtgesellschaft und dürfen sich nicht
1348 alleine auf ihre individuelle Situation beziehen, sondern auch auf die
1349 Bedingungen und Verhältnisse, in denen sie leben. Wir unterstützen einen
1350 lebensweltlichen Ansatz, der die Ungleichheit der Ressourcen der Menschen in den
1351 Blick nimmt und die Möglichkeiten der Kommune dagegen zu steuern. Geringes
1352 Einkommen, mangelnde Nutzungsmöglichkeiten von Bildungsangeboten führen auch zu
1353 ungleichen Gesundheitschancen und geringerer Lebensdauer.

1354 Hier bedarf es gezielter Maßnahmen um die Gesundheitsgefährdungen zu reduzieren.
1355 Dabei muss vor allem eine gesunde Ernährung, die körperliche Mobilität, der
1356 Zugang zu Versorgungssystemen und ihre Nutzung im Zentrum stehen.

1357 Wir GRÜNEN wollen:

- 1358 • nicht nur belehren, sondern erfahrbar machen, wie gesunde Ernährung
1359 stattfinden kann durch die Öffnung der Beteiligungsmöglichkeiten an
1360 Projekten wie „die Essbare Stadt“, die Selbsterntefelder, die
1361 interkulturelle Gärten. Die damit verbundene familiäre Selbstversorgung
1362 wirkt sich auch ökonomische aus;
- 1363 • die Möglichkeit eröffnen, dass wohnortnah Ökobauernhöfe entstehen, die
1364 nicht nur sicht- und erfahrbar machen, wie gesunde Nahrungsmittel
1365 entstehen sondern deren Produkt man auch vor Ort kaufen kann;
- 1366 • den Ausbau von Streuobstwiesen auch mit alten resistenten Sorten und ihre
1367 umfänglichere Nutzung vorantreiben und damit nicht nur die
1368 Geschmacksvielfalt der Früchte erfahrbar machen, sondern auch ein besseres
1369 Verständnis darüber fördern, was regionale und saisonale Versorgung
1370 bedeuten;
- 1371 • in allen Quartieren der Stadt vielfältige Bewegungsmöglichkeiten für alle
1372 Generationen schaffen, die auch zum Bewegen anregt und Kindern als
1373 Naturerfahrungsräume dienen, die sie sich selbst aneignen und „erobern“
1374 können. undefinierte Freiflächen, wie an der Lahn haben dies bereits gut
1375 eingeleitet;
- 1376 • die vorhandenen Sport- und Bewegungsräume in Schulen, bei Vereinen u.a.
1377 besser und effizienter nutzen auch für passgenauer, attraktive und
1378 wohnortnahe Angebote und Bedarfe, um insbesondere Kindern, Jugendlichen
1379 und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen erleichterte Zugänge zu
1380 Bewegungsangeboten (vor allem auch im Winter) zu bieten und Integration zu
1381 fördern;
- 1382 • in den zentrumsfernen Stadtteilen einen erleichterten Zugang zu
1383 medizinischer, psycho- und physiologischer u.a. Versorgung schaffen durch
1384 die Bereitstellung von Räumen für ambulante Sprechstunden durch ein
1385 Netzwerk an Medizinerinnen und Therapeuten.

1386 Sportstadt Marburg

1387 Sport hält gesund, hilft Freundschaften zu schließen, stärkt das
1388 Selbstbewusstsein, steigert die (Leistungs-)Motivation und hat eine hohe
1389 Integrationskraft. Marburg als Ort des Spitzensports und Breitensports, in dem
1390 vom Bundesligaspiel bis zum Feierabendsport alles zu finden ist, hat hier eine
1391 besondere Rolle, allen Ansprüchen mit begrenzten (räumlichen) Mitteln gerecht zu
1392 werden.

1393 Die Corona-Krise hat aufgezeigt, wie bedeutsam individuelle Sport- und
1394 Naherholungsmöglichkeiten sind, die unmittelbar und barrierefrei für alle
1395 Menschen dieser Stadt zugänglich sind. Ein immer stärker individualisiertes
1396 Bewegungs- und Freizeitverhalten der Bevölkerung befördert die Bedeutung
1397 offener, niedrigschwelliger Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum. Eine
1398 zukunftsfähige Sportpolitik muss dieser gesellschaftlichen Vielfalt gerecht
1399 werden. Teure, genormte Sporthallen sind hierzu nicht immer notwendig. Viele
1400 Marburger*innen sind nicht in Vereinen aktiv und treiben selbstorganisiert Sport
1401 (Laufstrecken, Mountainbike, Yoga, Gymnastik, Fitnesstraining, Tanz, Inliner,
1402 Fußball, etc.). Um möglichst vielen Menschen Zugang zu gesundheitsfördernder
1403 Bewegung und Begegnungen zu ermöglichen, werden wir uns für einen Masterplan für
1404 Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum einsetzen. Dieser Masterplan soll
1405 die Neu- und Umplanung von Sport- und Bewegungsflächen gemeinsam mit
1406 Bürger*innen vor Ort in den Vordergrund nehmen.

1407 Die Berücksichtigung sportlicher Freiräume im Stadtraum stellt auch neue
1408 Anforderungen an die Stadtplanung. Innerstädtische oder stadtnahe Räume, die
1409 derzeit noch im Bebauungsplan als Sport- oder Freiräume ausgewiesen sind, wollen
1410 wir GRÜNE deshalb möglichst erhalten, sichern und wo sportlich und ökologisch
1411 vertretbar, in öffentlich nutzbare Sport- und Bewegungsparks und Treffpunkte für
1412 Jugendliche und Erwachsene umwandeln. Neben der Sporttauglichkeit müssen
1413 Sportanlagen auch den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Inklusion gerecht
1414 werden.

1415 Für das spontane Mannschaftsspiel (Volleyball, Fußball etc.) werden wir uns
1416 dafür einsetzen, dass Freizeitspielfelder, die regelmäßig gepflegt werden, zur
1417 Verfügung stehen. Für den Laufsport, Inlineskating und für das (Mountain-
1418)Radfahren wollen wir Wegesysteme im Grünbereich ausweisen, um etwaige Konflikte
1419 frühzeitig gemeinsam zu bearbeiten. So gilt es insbesondere bei der sportlichen
1420 Waldnutzung alle Nutzer*innengruppen in einen Dialog zu bringen und
1421 ergebnisoffene Diskussionen zu ermöglichen. Für Sport im öffentlichen Raum
1422 wollen wir ein öffentliches, auf den Bedürfnissen der Sportler*innen angepasstes
1423 Angebot ermöglichen. Hierzu zählt u.a. das Schaffen neuer Laufstrecken, die in
1424 der dunklen Jahreszeit beleuchtet werden. Über ein im Internet aufgebautes
1425 Sportportal wollen wir der Bevölkerung alle Informationen zu Sport- und
1426 Bewegungsflächen im öffentlichen Raum umfassend zur Verfügung stellen.

1427 Für uns Grüne ist die Unterstützung des Vereinssports wichtig. Die mietfreie
1428 Nutzung der Sportanlagen durch Vereine wollen wir weiterhin beibehalten. Dabei
1429 ist insbesondere in den Wintermonaten auf die besondere Situation der räumlichen
1430 Begrenztheit der Sporthallen Rücksicht zu nehmen. Hier ist es uns wichtig,
1431 gemeinsam im Dialog die Bedarfe zu erörtern und Lösungen zu finden.

1432 Wir wollen darüber hinaus das Angebot zur Inklusion von Menschen erhöhen, indem
1433 wir in möglichst allen Sportstätten Barrierefreiheit schaffen. Außerdem ist es
1434 uns ein Herzensanliegen, die vielfältigen Angebote der zahlreichen Sportvereine,

1435 die sich für die Integration von neuzugewanderten Menschen einsetzen, weiter zu
1436 stärken.

1437 In Marburg haben wir trotz der Schließung vieler Schwimmbäder deutschlandweit
1438 immerhin noch zwei Hallenbäder. Neben dem großen Hallen- und Freibad bietet das
1439 Schul- und Lehrschwimmbad in Wehrda nach dem Ausbau sowohl vielfältige
1440 Möglichkeiten für Schulen und Vereine, als auch ein Lehrschwimmbecken, in dem
1441 das Schwimmen erlernt werden kann. Neben dem Vereinssport bietet das Bad,
1442 insbesondere an Wochenenden, Zeiten für die öffentliche Nutzung. Wir Grüne
1443 setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Zeiten im finanziell
1444 verantwortlichen Rahmen ausgeweitet werden, damit das Bad mehr genutzt werden
1445 kann.

1446 Die vorübergehende baubedingte Schließung des Hallenbads Aquamar zeigt uns, wie
1447 bedeutsam Schwimmgelegenheiten für Marburger*innen sind. Dass nun kaum
1448 öffentliches Schwimmen möglich ist, macht deutlich, wie groß der Druck in
1449 Marburg auf öffentliche und frei zugängliche Schwimmmöglichkeiten sind. Hier
1450 muss zudem mit der Neueröffnung des Aquamars ein Konzept entwickelt werden, das
1451 auch für Dauerschwimmer preiswerte Möglichkeiten findet, diese finanzielle
1452 Barriere klein zu halten. Hierfür ist insbesondere ein räumliches Konzept
1453 notwendig, das das Schwimmbecken von den Spaßbecken trennt.

1454 Darüber hinaus nehmen wir die Tatsache mit Sorge wahr, dass immer weniger Kinder
1455 und Jugendliche in Marburg schwimmen können. Das muss dringend gestoppt werden.
1456 Deshalb wollen wir prüfen, inwiefern die Stadt Marburg die Schwimmvereine darin
1457 finanziell unterstützen kann, Schwimmkurse kostenfrei zur Verfügung zu stellen.
1458 Zudem wollen wir eine entsprechende städtische Kampagne auf den Weg bringen, die
1459 diese Problemstellung aufgreift und für kostenfreie Schwimmkurse wirbt.

1460 Das Wasser der Lahn hat schon länger wieder eine Qualität erreicht, dass das
1461 Schwimmen hier nicht mehr gesundheitsgefährdend ist. Wir Grüne wollen deshalb
1462 das Schwimmen in der Lahn fördern. Schwimmen in Flüssen in Seen ist ein
1463 Naturerlebnis, das kein Schwimmbad ersetzen kann.

1464 Wir GRÜNEN wollen:

- 1465 • Ein Marburger Sportportal schaffen;
- 1466 • Einen Masterplan für Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum mit
1467 dem Ziel, gemeinsam eine zukunftsfähige Sportpolitik zu entwickeln, die

1468 vielen Menschen Zugang zu gesundheitsfördernder Bewegung und Begegnungen
1469 ermöglicht;

1470 • Den stetigen Ausbau von Bewegungsorten in der Stadt, in Wohnquartieren und
1471 auf Grünflächen. Dabei muss das Fachwissen der Universität (Fachbereich
1472 Sportwissenschaften) und des bsj genutzt werden;

1473 • Förderung inklusiver Sportangebote;

1474 • Kostenfreie Kinder-Schwimmkurse und eine Kampagne für das Schwimmenlernen;

1475 • Ausweitung der öffentlichen Schwimmzeiten in Wehrda;

1476 • Ein Konzept für das Aquamar, das auch für Dauerschwimmer preiswerte
1477 Möglichkeiten eröffnet;

1478 • Einen Dialog der vielen (sportlichen) Nutzer*innengruppen des Marburger
1479 Waldes schaffen, um trotz der unterschiedlichen Interessen tragfähige
1480 Lösungen zu erarbeiten.

1481 Stadtentwicklung in Marburg: Sozial und ökologisch

1482 Stadtentwicklung muss Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit, Erholung und
1483 Mobilität miteinander und vor dem Hintergrund der zentralen Herausforderung des
1484 Klimawandels denken.

1485 Zudem gilt es die vielen verschiedenen Stadtviertel, Außenstadtteile und
1486 Quartiere mit ihren jeweiligen Identitäten und Herausforderungen zu bewahren und
1487 weiterzuentwickeln.

1488 „Bauen, Bauen, Bauen“, wie von den Regierungsparteien dogmatisch propagiert, ist
1489 aus unserer Sicht weder sozial noch ökologisch nachhaltig, denn es ignoriert die
1490 sensiblen Fragen was, wo, wie und für wen gebaut wird sowie die ökologischen
1491 Folgen des Bauens – Stichwort Flächenverbrauch.

1492 Unsere Leitsätze zur Stadtentwicklung

1493 Leitlinie grüner Stadtentwicklungspolitik ist weiterhin das Credo
1494 „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Dazu sollen innerstädtische Freiflächen
1495 und Leerstände aktiviert und eine maßvolle Verdichtung unter Berücksichtigung
1496 des Erhalts von Grünflächen angestrebt werden.

1497 Eine stärkere Mischnutzung von Gewerbe und Wohnen wollen wir schon aus Gründen
1498 der Reduzierung des Flächenverbrauchs ermöglichen.

1499 Sofern notwendig, soll die Ausweisung neuen Baulands in den Stadtteilen nur dort
1500 erfolgen, wo dies ökologisch verträglich und eine gute Verkehrsanbindung gegeben
1501 ist. Dabei gilt es sich an den zentralen Verkehrsachsen B3 und Main-Weser-Bahn
1502 soweit wie möglich zu orientieren.

1503 Denkbar ist vor diesem Hintergrund sowohl eine städtebauliche Entwicklung sowohl
1504 in Gisselberg als auch in Cappel. Darüber hinaus sind Planungen in Bauerbach,
1505 Moischt und Schröck aus unserer Sicht denkbar, wenngleich unter ökologischem
1506 Vorbehalt. In jedem Fall gilt es aber, vor Eintritt in Planungen, das Gespräch
1507 mit den Ortsbeiräten, als gewählten Vertreter*innen der Stadtteile, zu suchen.

- 1508 Die laufenden Planungen am Hasenkopf im Stadtwald und am Oberen Rotenberg in
1509 Marbach wollen wir unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten gestalten.
1510 Eine über die aktuell beplanten Flächen hinausgehende Bebauung lehnen wir ab.
- 1511 Jedwede Baumaßnahmen müssen mit dem in Marburg gebotenen Maß an Ästhetik,
1512 Sensibilität und Augenmaß erfolgen. Insbesondere die vielen stadtbildprägenden
1513 Ensembles und denkmalgeschützten Einzelbauten bedürfen einer besonderen
1514 Berücksichtigung bei künftigen Planungs- und Bauvorhaben.
- 1515 Die Arbeit des Beirat für Stadtgestaltung und des Denkmalbeirates sind
1516 unverzichtbarer Bestandteil der Sicherung einer qualifizierten Baukultur in
1517 Marburg. Die konstruktive Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Architektur in
1518 Marburg muss auch über die Beiräte hinaus durch Informations- und
1519 Diskussionsplattformen abgesichert werden.
- 1520 Neben der Pflege des historischen Stadtbildes sind Wege in der Stadtgestaltung
1521 erforderlich, die von den Bedürfnissen der Bewohner*innen, ökologischer
1522 Verträglichkeit und sozialer Ausgewogenheit geprägt sind.
- 1523 Die städtebauliche Planung soll allen Lebenslagen der Bürger*innen gerecht
1524 werden. Dabei spielt Barrierefreiheit eine zentrale Rolle.

1525 Wir GRÜNEN wollen:

- 1526 • eine nachhaltige Planungspolitik, die eine soziale und ökologische
1527 Entwicklung unserer Stadt gewährleistet;
- 1528 • dafür Sorge tragen, dass das historische Stadtbild erhalten bleibt;
- 1529 • dass die hohe Lebensqualität sowie gesunde Lebensverhältnisse in allen
1530 Teilen der Stadt weiter entwickelt werden;
- 1531 • dass gleichzeitig die Aspekte des sozialen Zusammenlebens und der
1532 Barrierefreiheit berücksichtigt werden, im privaten und im öffentlichen
1533 Raum;
- 1534 • uns dafür einsetzen, dass Magistrat und Parlament ihre Planungshoheit
1535 aktiv nutzen, um Marburgs Stadtentwicklung sozialökologisch zu gestalten;
- 1536 • in diesem Zusammenhang Grundstücke, die in städtischer Hand oder im
1537 Eigentum ihrer Gesellschaften sind, im Erbbaurecht zur Verfügung zu
1538 stellen;
- 1539 • dafür Sorge tragen, dass im Rahmen der Planung eine umfängliche
1540 Beteiligung der Bürger*innen, insbesondere in den betroffenen Quartieren
1541 und Stadtteilen, sowie der jeweiligen Ortsbeiräte stattfindet;
- 1542 • Initiativen der Zivilgesellschaft und die „Agenda 21“-Arbeitsgruppen
1543 stärker und frühzeitig an Stadtentwicklungsprozessen beteiligen werden;
- 1544 • eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch mehr
1545 Begrünung, Sitzgelegenheiten und Spielmöglichkeiten;
- 1546 • mehr kostenlos nutzbare, öffentliche Toiletten (beschildert und
1547 barrierefrei);
- 1548 • Lebensqualität auch durch Sauberkeit, Müllvermeidung und zuverlässige
1549 Abfallentsorgung erhöhen.

1550 Innenstadtentwicklung

1551 Marburgs Zentrum hat im Rahmen vielfältiger Prozesse in den vergangenen Jahren
1552 sein Gesicht verändert. Die Universität hat ihren neuen Campus Firmanei eröffnet
1553 mit positiven Effekten auf das Campusviertel und die nördliche Altstadt. Diesen
1554 Veränderungen und Effekten müssen städtebauliche Maßnahmen folgen, die den
1555 veränderten Verhältnissen und Strukturen gerecht werden.

1556 Darüber hinaus erleben wir in den innerstädtischen Ortsbezirken eine zunehmende
1557 soziale Entmischung und Verdrängungseffekte. Um die systematische
1558 Verunmöglichung von bestimmten Wohnformen durch bauliche Veränderungen oder die
1559 Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie Zweckentfremdung zu
1560 unterbinden, muss die Stadt regulierend u.a. durch Erhaltungssatzungen oder eine
1561 Ferienwohnungssatzung eingreifen, damit auch in den Innenstadtlagen (Miet-
1562)Wohnraum für Familien und Senioren gesichert bzw. geschaffen werden kann und
1563 auch gemeinschaftliche Wohnprojekte, z.B. Hausgemeinschaften, nicht verdrängt
1564 werden.

1565 Wir GRÜNEN wollen:

- 1566 • eine maßvolle Verdichtung der Innenstadtbebauung durch bauliche
1567 Ergänzungen und Aufstockungen unter Berücksichtigung der Erhaltung von
1568 Grün- und Freiflächen einerseits und Wohnqualität andererseits;
- 1569 • durch baurechtliche Maßnahmen wie Erhaltungssatzungen die städtebauliche
1570 Gestalt und die soziale Durchmischung in den innerstädtischen Quartieren
1571 erhalten und fördern;
- 1572 • die Errichtung eines Verkehrsknotens Mitte an der alten UB mit einem
1573 verbessertem ÖPNV-Anschluss an die Innenstadt und die Lahnberge;
- 1574 • die Errichtung eines Verkehrsknotens Nord auf dem Afföllergelände vor dem
1575 Café Trauma zur Entlastung der Nordstadt;
- 1576 • ergebnisoffen über die Zukunft der Marburger Stadtautobahn und mögliche
1577 bauliche Alternativen diskutieren;
- 1578 • den seit längerem geplanten Umbau des Rudolphsplatzes endlich angehen;
- 1579 • uns für eine stärkere Umwandlung von bislang gewerblich genutzten Gebäuden
1580 und Arealen für den Wohnungsbau einsetzen;

1581 Entwicklung der Außenstadtteile

1582 Wir setzen auch in Zukunft auf starke Außenstadtteile mit eigener Infrastruktur
1583 und gewachsenen Strukturen. Das Leben in den Stadtteilen muss für alle
1584 Generationen und Gruppen der Gesellschaft attraktiv sein. Wir wollen deshalb die
1585 Stadtteile in den Bereichen Wohnen, Leben, Einkaufen und Arbeiten weiter
1586 stärken. Für den Bezug zur Innenstadt sind die Sicherung und der verstärkte
1587 Ausbau einer umweltverträglichen Verkehrsanbindung der Stadtteile zwingend
1588 erforderlich. Dafür müssen Angebote geschaffen werden.

1589 Der Grundsatz des Erhalts und der Förderung der Biodiversität gilt für uns auch
1590 mit Blick auf die Außenstadtteile. Daher gilt für uns auch hier der Grundsatz
1591 „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, um dem drohenden Leerstand in den
1592 Ortskernen der Außenstadtteile zu begegnen. Vor allem aber bietet sich so die
1593 Chance, die historischen Kerne unserer Stadtteile lebenswert zu halten und für
1594 einen Zuzug attraktiv zu machen. Vor allem aber bietet sich so die Chance, die
1595 historischen Kerne unserer Stadtteile lebenswert zu halten und für einen Zuzug
1596 attraktiv zu machen. Dabei ist der Dialog mit den Ortsbeiräten, dem
1597 Denkmalschutz und den Kaufinteressierten zu begleiten, um die jeweiligen
1598 Interessen in einem guten Miteinander zusammenzuführen.

1599 Es ist nicht nachhaltig, Neubaugebiete und unbebaute Flächen im Innenbereich der
1600 Stadtteile zu bebauen, wenn gleichzeitig ältere Liegenschaften zunehmend weniger
1601 genutzt werden und leerfallen.

1602 Wir GRÜNEN wollen:

- 1603 • wohnortnahe Infrastruktur erhalten und erweitern;
- 1604 • Baulandausweisung nur dort, wo es ökologisch und verkehrlich verträglich
1605 ist;
- 1606 • die Nutzung leer stehender Häuser und Höfe in den Ortskernen durch
1607 Förderprogramme attraktiver machen;
- 1608 • preiswerten Mietwohnraum in den Außenstadtteilen z.B. für Familien
1609 schaffen;
- 1610 • unnötigen Flächenverbrauch und die damit einhergehende Versiegelung
1611 verhindern;
- 1612 • die sozialstrukturellen Bedingungen im Rahmen von
1613 Städtebauförderprogrammen in den verschiedenen Stadtteilen weiter
1614 verbessern.

1615 Umwelt, Natur und Klima in Marburg schützen

1616 Der zentrale Leitgedanke grüner Politik ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Für
1617 die Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik muss dies selbstverständlich ganz
1618 besonders gelten. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und unsere
1619 Kinder bewahren. Dazu müssen wir die natürlichen Ressourcen Wasser, Boden und
1620 Luft, das Klima und die biologische Vielfalt aktiv schützen.

1621 Die aktuell dringendsten Probleme stellen dabei die Klimakrise und das rasante
1622 Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten dar. Wir möchten, dass auch wir hier
1623 in Marburg Verantwortung für diese globalen Herausforderungen annehmen und
1624 unseren Teil zur Lösung dieser Probleme beitragen. Klimaschutz und Artenschutz
1625 müssen deshalb Schwerpunkt unseres umweltpolitischen Handelns sein.

1626 Doch auch bei uns werden die Auswirkungen der Klimakrise inzwischen mehr und
1627 mehr spürbar. Auf den Feldern, in den Wäldern und teilweise auch schon an
1628 unseren Stadtbäumen sind die Auswirkungen der längeren Trockenperioden zu sehen.
1629 Besorgniserregend sind dabei vor allem auch die sinkenden Grundwasserstände in
1630 den Einzugsgebieten unserer großen Trinkwassergewinnungsanlagen. Auch dem Thema
1631 Wasser muss daher künftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Daher wollen wir
1632 als GRÜNE ein wirksames Wasser-Ressourcen-Management entwickeln und einführen.

1633 Klimaschutz

1634 In 2015 verpflichtete sich die Weltgemeinschaft in Paris, die Erhitzung unseres
1635 Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5
1636 Grad“ zu halten und perspektivisch nur noch so viel Treibhausgase auszustoßen,
1637 wie das natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Gleichzeitig veröffentlichte der
1638 Weltklimarat die Erkenntnis, dass die Atmosphäre nur noch eine bestimmte Menge
1639 an CO₂ (maximal 600 Giga-Tonnen (Gt)) aufnehmen kann, wenn die anzustrebende
1640 1,5-Grad-Marke gehalten werden soll. Wenn wir dieses so genannte CO₂-Budget
1641 bereits aufgebraucht haben, bevor wir es geschafft haben, unsere jährlichen
1642 Nettoemissionen auf null herunter zu fahren, dann wird die Temperatur
1643 unweigerlich über die angestrebten 1,5 Grad und später dann auch über die
1644 weitaus riskanteren 2 Grad hinaus ansteigen. Die Klimakatastrophe wird dann

1645 nicht mehr zu verhindern sein. Daraus wird deutlich, wie wichtig es ist, so
1646 schnell wie möglich zu handeln, um eine möglichst große Reduktion unserer
1647 jährlichen CO₂-Emissionen zu bewirken.

1648 Leider zeigen die für Marburg vorliegenden Daten, dass die CO₂-Emissionen in
1649 Marburg in den letzten Jahren nicht gesunken sind. Mehr noch, klimapolitische
1650 Beschlüsse, die wir GRÜNE in der bis 2016 in der Marburger
1651 Stadtverordnetenversammlung bestehenden Koalition mit den Sozialdemokraten
1652 fassen konnten, wie etwa das umfangreiche Sanierungsprogramm „Sozialer
1653 Klimaschutz am Richtsberg“ oder die energetische Sanierung kommunaler
1654 Liegenschaften nach einer seinerzeit beschlossenen Prioritätenliste, wurden von
1655 der aktuellen Regierungskoalition aus CDU, SPD und BfM unter Führung des
1656 sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Dr. Thomas Spies nicht mehr umgesetzt.

1657 Erst die aus der Gesellschaft heraus entstandene Klimaschutzbewegung konnte den
1658 notwendigen öffentlichen Druck erzeugen, der die Politik erkennen ließ, dass es
1659 sich bei der Klimakrise um einen Notstand handelt, was schließlich in dem von
1660 der Stadtverordnetenversammlung entsprechend gefassten Beschluss zur Ausrufung
1661 des Klimanotstandes zum Ausdruck kam. Umso schlimmer ist es, dass nach dem
1662 Notstandsbeschluss seitens der Stadtregierung erst einmal ein ganzes Jahr lang
1663 nichts passiert ist.

1664 Die Zeit, in der wir uns noch hätten aussuchen können, wo und wie wir am
1665 bequemsten die CO₂-Emissionen senken können, ist längst verstrichen. Wir müssen
1666 nun vielmehr gemeinsam alles tun, was wir können, um den Energieverbrauch und
1667 die damit verbundenen CO₂-Emissionen zu senken und all das, was wir nicht
1668 einsparen können, so weit wie möglich durch Erneuerbare Energien zu ersetzen.
1669 Auch hier gilt: Je früher und schneller, desto besser. Je langsamer und später,
1670 desto drastischer werden die Maßnahmen und Einschnitte sein müssen.

1671 Deshalb müssen wir als Gesellschaft primär dort ansetzen, wo die größten CO₂-
1672 Einsparpotenziale vorhanden sind. In Marburg sind dies eindeutig die mit dem
1673 Heizenergieverbrauch verbundenen Emissionen.

1674 Wir GRÜNEN wollen:

- 1675 • für private Immobilienbesitzer mit niedrighschwelligem Beratungsangeboten
1676 und zusätzlichen finanzielle Fördermitteln die notwendigen Anreize
1677 schaffen, um die energetische Sanierungsquote deutlich zu erhöhen und
1678 damit die CO₂-Einsparung deutlich zu beschleunigen;
- 1679 • Wohnungsbaugesellschaften durch abgewogene Zuschüsse in die Lage
1680 versetzen, deutlich schneller und mehr Gebäude warmmietneutral energetisch
1681 zu sanieren, Mieter*innen mit niedrigem Einkommen sollen nicht die Kosten
1682 für die CO₂-Einsparung tragen müssen;
- 1683 • die Analysen der Energieverbräuche und Einsparpotenziale nach den
1684 aktuellen und einheitlichen Standards durchführen, um die Hebel präziser
1685 beschreiben zu können, wo wirkungsvolle Maßnahmen ansetzen müssen;
- 1686 • ein regelmäßiges Monitoring einführen, das die Wirksamkeit der Maßnahmen
1687 erkennen lässt und dadurch ein Nachjustieren erst ermöglicht. Denn ohne

- 1688 definierte Zwischenziele und Mechanismen zum Nachsteuern wird der Weg zur
1689 Klimaneutralität zum Blindflug;
- 1690 • ein Sofort-Programm zur Energieeinsparung und der Nutzung bzw. Erzeugung
1691 Erneuerbarer Energien für Private Hausbesitzer und kleine Unternehmen
1692 auflegen. Diese Fördersummen sollen technikunabhängig an der Menge
1693 eingesparten CO₂s bemessen werden. Die Förderung soll zunächst 35 € pro
1694 Tonne eingesparten CO₂s betragen. Zur Ermittlung der Gesamteinsparung
1695 einer Maßnahme wird die jährliche Einsparung mit der technischen
1696 Nutzungsdauer multipliziert. Ein solches Förderprogramm wirkt sich auch
1697 belebend für die lokale Wirtschaft aus und stützt damit gleichzeitig
1698 heimische Arbeitsplätze;
 - 1699 • den Ausbau der Windenergie auf den im Regionalplan vorgesehenen
1700 Vorranggebieten wieder vorantreiben. Denn ohne die Windenergie - sie ist
1701 die mit großem Abstand die effizienteste und kostengünstigste Form,
1702 Erneuerbare Energien zu nutzen - werden wir es in Marburg nicht schaffen,
1703 den Strom, den wir verbrauchen, klimaneutral zu machen;
 - 1704 • die Rahmenbedingungen für Photovoltaikanlagen verbessern. Dazu gehört es,
1705 für Privateigentümer*innen und Unternehmen Hindernisse zu beseitigen,
1706 zusätzliche Anreize zu schaffen und die diese auch offensiv zu bewerben;
 - 1707 • die Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Solarenergie stärken. Das bereits
1708 unter rot-grün beschlossene Klimaschutzteilkonzept muss endlich umgesetzt
1709 werden;
 - 1710 • mit Hilfe der Stadtwerke einen Ersatz für auslaufende EEG-
1711 Einspeisevergütungen für Anlagen schaffen, damit der Weiterbetrieb von
1712 Solarenergieanlagen für die Eigentümer kein Verlustgeschäft wird;
 - 1713 • praktikable Modelle für Mieterstrom entwickeln, damit die gesetzlichen
1714 Fördermöglichkeiten auch wahrgenommen werden;
 - 1715 • Hauseigentümer*innen wollen wir Hilfestellung bei der Antragstellung für
1716 PV-Anlagen durch die Stadt und durch die Stadtwerke geben;
 - 1717 • Musterlösungen für Balkon-PV im Geschosswohnungsbau mit der GeWoBau
1718 entwickeln, um zusätzliche Potenziale für Photovoltaik zu nutzen und an
1719 denen sich alle Wohnungsbauunternehmen in Marburg auch rechtssicher
1720 orientieren können;
 - 1721 • die städtischen Nahwärmenetze so ausbauen, dass Altbauten, die nicht
1722 energetisch auf den neusten Stand zu bringen sind, angeschlossen werden
1723 können;
 - 1724 • dass städtische Neubauten soweit möglich nur noch aus Holz bzw.
1725 nachwachsenden Rohstoffen errichtet werden.
- 1726 Nicht zuletzt muss die gesamte Stadtentwicklungsplanung die Klimaschutzziele
1727 berücksichtigen. Planungen, die den Zielen des Klimanotstandsbeschlusses vom
1728 Juni 2019 entgegen laufen, müssen gestoppt oder geändert werden.

1729 Das Artensterben stoppen

1730 Die Stadt Marburg kann eine Menge zur Bewahrung der Biologischen Vielfalt
1731 beitragen. Wir möchten vor allem solche Maßnahmen besonders vorantreiben, die
1732 sowohl der Förderung von sogenannten Habitatstrukturen als auch der Anpassung an
1733 die Klimakrise bewirken. Das wird nicht zuletzt dem Freizeitwert und der
1734 Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes für die Marburger*innen dienen.
1735 Beispielhaft für solche Maßnahmen sind die weitere Renaturierung der Lahn in der
1736 Stadt und die bessere Vernetzung und Aufwertung des vorhandenen Stadtgrüns. Das
1737 Ziel besteht darin, die Lebensmöglichkeiten für Pflanzen, Tiere und Insekten
1738 nachhaltig zu verbessern, und Schutzräume nach und nach auszuweiten und zu
1739 verbinden. Hierzu wollen wir konsequent die Möglichkeiten und Fördermittel der
1740 „Biodiversitätstregie Hessen“ der Landesregierung nutzen.

1741 Wir GRÜNEN wollen:

- 1742 • die Renaturierung der Lahn im innerstädtischen Bereich, die bei vielen
1743 Marburgern wegen ihres Freizeitwertes Wohlgefallen findet und für die
1744 Marburg bundesweite Anerkennung fand, nach Süden hin fortsetzen;
- 1745 • Reparaturmaßnahmen am Grüner Wehr, sofern nötig, und die Anlage einer
1746 Fischaufstiegshilfe so durchführen, dass weder die naturnahen
1747 Uferbereiche, noch der denkmalgeschützte, stadtbildprägende Charakter des
1748 Wehres beeinträchtigt werden. Wenn dazu umfangreiche Neuplanungen
1749 erforderlich werden, dann sollen diese in transparenten und
1750 nachvollziehbaren Planungsschritten unter kontinuierlicher
1751 Bürger*innenbeteiligung erfolgen, damit wieder Vertrauen entstehen kann;
- 1752 • dass die Renaturierungen besonders der Zuflüsse zur Lahn verstärkt
1753 konzipiert und umgesetzt werden. Die Renaturierung der Allna soll einen
1754 wichtigen Schwerpunkt darstellen;
- 1755 • im Außenbereich grüne Biotope schaffen und vernetzen, in denen sich
1756 gefährdete Arten wohlfühlen können. Insellösungen von Schutzgebieten
1757 reichen alleine nicht aus. Beispielhaft ist die Vernetzung der
1758 unterschiedlichen und wertvollen Biotope auf dem Marburger Rücken mit
1759 denen des Allnatales;
- 1760 • gemeinsam mit Hausbesitzern und Kleingärtner*innen die vielfältigen
1761 innerstädtischen Lebensräume der Gärten für Pflanzen, Insekten und
1762 Kleintiere aufwerten;
- 1763 • Habitataufwertungen im Bereich der im Regionalplan für das Gebiet der
1764 Stadt Marburg ausgewiesenen Schwerpunkträume zum Schutze

- 1765 windkraftempfindlicher Vogelarten (wie Rotmilan und Schwarzstorch) als
1766 aktiven Beitrag zum Erhalt dieser Arten durchführen;
- 1767 • innerhalb der kommenden 10 Jahre 25 % der stadteigenen Waldflächen in
1768 Naturwälder umwandeln. Durch die jüngsten Trockenjahre freigestellte
1769 Flächen sollen unverzüglich wiederbewaldet werden;
- 1770 • öffentliche Parkanlagen ökologisch umgestalten;
- 1771 • dass in der Stadt Flächen nur noch versiegelt werden dürfen, wenn dem
1772 entsprechend Flächen entsiegelt werden. Es sollen außerdem Flächen
1773 identifiziert werden, die perspektivisch ohne Anlass entsiegelt werden
1774 können;
- 1775 • Umweltbildung und freie Träger der Umweltbildung fördern;
- 1776 • Ökolandbau und deren gemeinschaftliche Vermarktungsstrukturen
1777 unterstützen;
- 1778 • Initiativen, die innovative Projekte gemeinwohlorientierter Ökonomie oder
1779 solidarischer Landnutzungsformen vorantreiben, fördern;
- 1780 • Projekte, die eine Neudefinition des Wachstums- oder Wohlstandsbegriffes
1781 jenseits des BIP zum Ziel haben, unterstützen.

1782 Trinkwasser, Grundwasser, Brauchwasser – Integriertes Wassermanagement in
1783 Marburg

1784 Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass wir infolge der Klimakrise unseren
1785 Umgang mit Wasser grundlegend ändern müssen. Geringere Niederschlagsmengen,
1786 längere Dürreperioden, Starkregeneignisse und sinkende Grundwasserspiegel
1787 haben für uns alle bedeutsame Folgen:

1788 Durch die geringeren Regenmengen der vergangenen Jahre sind auch in großen
1789 Trinkwassergewinnungsgebieten des Zweckverbandes der Mittelhessischen
1790 Wasserwerke (ZMW) die Grundwasserstände stark gesunken. Diese Entwicklung wurde
1791 durch Verkauf von Trinkwasser in das Rhein-Main-Gebiet verstärkt. Die
1792 Auswirkungen des A49-Weiterbaus sind noch nicht für uns abzusehen. Aber die
1793 Äußerungen aus dem ZMW lassen nichts Gutes erahnen. Wir müssen daher aktive
1794 Vorkehrungen treffen, damit unser Trinkwasser nicht knapp wird. Die Stadt
1795 Marburg muss ihre Gestaltungsmöglichkeiten im geschäftsführenden Vorstand des
1796 ZMW endlich in diesem Sinne wahrnehmen.

1797 Die langen Dürreperioden haben dazu geführt, dass viele Bäume im Stadtgebiet zum
1798 Teil schwer geschädigt wurden. Die Stadtbäume wollen wir nachhaltig mit Wasser
1799 in solchen Perioden versorgen, ohne dass dadurch die Trinkwasserversorgung in
1800 Mitleidenschaft gezogen wird. Besonders im Jahr 2018 haben wir zweimal erleben
1801 müssen, dass unser Abwassersystem nicht in der Lage war, bei Starkregen die
1802 großen Regenmengen aufzunehmen. In den Straßen stand das Wasser und Kanaldeckel
1803 wurden hoch gedrückt.

1804 Wir Grüne wollen diese Folgen der Klimakrise nicht einzeln angehen. Eine
1805 nachhaltige Lösung dieser Probleme wollen wir durch ein integriertes
1806 Wassermanagement lösen, das uns in den kommenden Jahrzehnten vor

1807 Trinkwassermangel, Baumsterben und Schäden durch Starkregen schützen kann. Wir
1808 Grüne wollen die Stadt vor Schäden schützen, wir wollen zunehmend weniger
1809 Trinkwasser für das alltäglichen Brauchwasser nutzen. Denn dafür ist es viel zu
1810 wertvoll.

1811 Wir GRÜNE wollen:

- 1812 • den Bau von stadteigenen Regenwasserauffangzisternen, um Regenwasser
1813 sammeln zu können, mit dem wir besonders im Sommer Stadtbäume und
1814 wertvolle Grünflächen wässern können;
- 1815 • ein Baumerhaltungskonzept entwickeln, das unsere städtischen Bäume
1816 nachhaltig schützt;
- 1817 • ein städtisches Programm auflegen, das private Hauseigentümer*innen
1818 unterstützt, wenn sie eigene Zisternen bauen und daraus z.B. ihr tägliches
1819 Brauchwasser z.B. für die Toiletten entnehmen;
- 1820 • die Erarbeitung von Programmen, die den Eintrag von Bodengiften wie Nitrat
1821 und Mikroorganismen in Böden oberhalb der Trinkwassergewinnungsgebiete wie
1822 in Michelbach verhindern;
- 1823 • den Einfluss der Stadt Marburg nutzen und den Zentralverband der
1824 Mittelhessischen Wasserwerke (ZMW) nach ökologischen Kriterien neu
1825 ausrichten;
- 1826 • ein Monitoring einrichten, das die Verschmutzung der Lahn mit
1827 multiresistenten Keimen beobachtet, und ein Konzept erarbeiten, solche
1828 Verschmutzungen zu verhindern.

1829 Plastik schadet der Natur – egal in welcher Form

1830 Das Erdölzeitalter hat uns nicht nur die Verbrennungsmotoren und damit die
1831 Klimakrise beschert. Aus Erdöl gewonnene Kunststoffe beeinträchtigen als
1832 Plastikmüll und Mikroplastik mittlerweile überall auf der Welt Natur und Umwelt.
1833 Ja, Mikroplastik findet sich auch schon in unseren Körpern. Die Bilder von
1834 Plastikinseln auf den Meeren und verendeten Fischen haben uns aufgeschreckt.

1835 Da hilft aber kein Verweisen auf Berlin oder Brüssel. Wir Grüne wollen hier vor
1836 Ort konsequent gegen die schädlichen Folgen gegen die Plastikflut mit allen
1837 ihren Folgen kämpfen.

1838 Wir GRÜNEN wollen:

- 1839 • mit aufklärenden Kampagnen und Förderprogrammen Anreize für all diejenigen
1840 schaffen, die naturverträgliche Alternativen zum Plastik im privaten und
1841 geschäftlichen Leben entwickeln und nutzen wollen;
- 1842 • ein konsequentes Anwenden kommunaler rechtlicher Möglichkeiten, um die
1843 Abgabe von Einmalverpackungen aus Plastik nachhaltig zu beenden. Mit
1844 städtischen Satzungen wollen wir die Abgabe von Einmalverpackungen oder -
1845 besteck aus Plastik konsequent verbieten;
- 1846 • eine kommunale Strategie entwickeln, um den Eintrag von Mikroplastik in
1847 unsere Böden und Gewässer nachhaltig zu reduzieren. Dabei wollen wir zügig

1848 die Ursachen angehen, die wir kommunal haben (z.B. Verkehrsverminderung
1849 zur Reduzierung des Reifenabriebs, Aufklärungskampagnen zur Vermeidung von
1850 Mikroplastik durch Kleidungsmitel);

1851 • den Ausbau und die Erweiterung der städtischen Kläranlage um die 4.
1852 Klärstufe, damit dort wirkungsvoll Mikroplastik herausgefiltert werden
1853 kann;

1854 • im Rahmen des Abwassermanagement verhindern, dass der auf den Straßen
1855 angesammelte Reifenabrieb bei Starkregen direkt in die Lahn fließt.

1856 Tiere schützen

1857 Tiere sind nicht nur ein essenzieller Bestandteil unserer Ökosysteme. Als
1858 Lebewesen haben sie für uns Grüne einen besonderen Schutzstatus: Sei es in
1859 freier Wildbahn oder in den diversen Haltungsformen durch die Menschen. Wir
1860 setzen daher auf umfassende Konzepte, welche gemeinsam mit freien Trägern aus
1861 dem Umwelt- und Tierschutz umgesetzt werden.

1862 Wir GRÜNEN wollen:

1863 • die Errichtung einer städtischen Beratungsstelle für Tierschutz und
1864 Haltungsfragen;

1865 • eine Auffangstation für Wildtiere;

1866 • die Einrichtung betreuter Taubenschläge im Stadtgebiet;

1867 • Kastrationsaktionen für verwilderte Katzen;

1868 • Alternativen zu Pestiziden im Bereich Grünflächen;

1869 • Bildungsangebote für Kindergärten und Grundschulen, bspw. zu heimischen
1870 Wildvögeln schaffen;

1871 • die Beratung ortsansässiger Höfe bei der Umstellung auf Biolandbau und
1872 artgerechte Haltung;

1873 • die Bereitstellung von Drohnen für den Ackerbau sowie Chipreader;

1874 • den Dialog mit der Universität zur Verringerung/Ersetzung von
1875 Tierversuchen;

1876 • vegetarisch-vegane Essensangebote bei sämtlichen städtischen
1877 Veranstaltungen.

1878 Wirtschaft und Finanzen nachhaltig gestalten

1879 Eine gute lokale Ökonomie braucht gute Rahmenbedingungen. Marburg wird geprägt
1880 von der Philipps-Universität, dem Universitätsklinikum und den pharmazeutischen
1881 Unternehmen am Behring-Standort; neben diesen größten Arbeitgebern haben eine
1882 Vielzahl anderer Unternehmen und Dienstleister ihren Sitz in Marburg und tragen
1883 ebenso wie die zahlreichen Schulen und Aus- und Weiterbildungsstätten zu einem
1884 guten Ausbildungs-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort bei. Dabei ist die Vielzahl
1885 von Vereinen und Initiativen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich

1886 nicht nur wichtig für unsere Lebensqualität, sondern auch überaus wichtiger
1887 Beschäftigungssektor.

1888 Für den Erhalt und den Ausbau wirtschaftlicher Unternehmen in Marburg müssen wir
1889 in fairem Miteinander die guten Rahmenbedingungen dort, wo es möglich ist,
1890 verbessern. Schwachpunkte müssen analysiert und es muss gemeinsam nach Lösungen
1891 gesucht werden.

1892 Universität und Klinikum

1893 Die Philipps-Universität, ihre Studierenden und Beschäftigten sowie nicht
1894 zuletzt ihre Bauten prägen unsere Stadt und ihr Erscheinungsbild. Vieles hat
1895 sich in den vergangenen Jahren getan. Der neubezogene Campus Firmani mit der
1896 neuen Universitätsbibliothek bis hin zur andauernden Erweiterung des Campus
1897 Lahnberge zeugen von der dynamischen und positiven Entwicklung unserer
1898 Universität. Diese Entwicklungen wollen wir weiter konstruktiv begleiten und
1899 mitgestalten sowie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen für eine weiter
1900 prosperierende Entwicklung schaffen. In diesem Sinne wollen wir den Weg, der mit
1901 dem Masterplan Lahnberge zu gehen begonnen wurde, weiter an der Seite der
1902 Universität beschreiten.

1903 Insbesondere die Infrastrukturentwicklung zur Verbesserung von Forschung und
1904 Lehre auf dem Campus Lahnberge ist vor diesem Hintergrund von besonderer
1905 Bedeutung. Zudem wollen wir gemeinsam mit dem Land und der Universität eine
1906 nachhaltige städtebauliche Entwicklung des Standorts in der Wilhelm-Röpke-Straße
1907 vorantreiben, um diesen zentral gelegenen Ort für die Zukunft zu entwickeln.

1908 Das Universitätsklinikum ist und bleibt der zentrale Ort der medizinischen
1909 Versorgung in der Universitätsstadt Marburg und einer der größten Arbeitgeber
1910 der ganzen Region.

1911 Dieser Bedeutung wollen wir auch in Zukunft Rechnung tragen und im Interesse
1912 unserer Stadt, gemeinsam mit Geschäftsleitung und Personalvertretung des
1913 Klinikums den universitätsmedizinischen Gesundheitsstandort weiterentwickeln.

1914 Wir setzen uns in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem Betriebsrat und der
1915 Geschäftsleitung im Sinne der Beschäftigten und den Patient*innen für gute
1916 Beschäftigungsbedingungen an unserem Klinikum ein. Wir unterstützen die
1917 Beschäftigten in ihrem Engagement dafür. Aktuell beobachten wir große
1918 Verunsicherung durch den Weiterverkauf des bereits vor fünfzehn Jahren
1919 privatisierten Universitätsklinikums und dessen Folgen für die
1920 Personalsituation.

1921 Unsere Bewertung der Entscheidung, das Klinikum zu privatisieren, hat sich nicht
1922 verändert. Wir waren und sind gegen die Privatisierung von Krankenhäusern, da
1923 diese maßgeblichen Einrichtungen der Daseins- und Gesundheitsvor- und -fürsorge
1924 in staatlicher Hand bleiben müssen.

1925 Wir hätten das Universitätsklinikum nicht privatisiert. Aber diese Entscheidung
1926 lässt sich auf städtischer Ebene nicht korrigieren. Es ist vielmehr die
1927 Kompetenz des Bundes, die insgesamt unzureichende Finanzierung des
1928 Gesundheitswesens und insbesondere der Krankenhäuser dringend nach zu justieren.

1929 Wir wollen auf städtischer Ebene die qualitative Weiterentwicklung unseres
1930 Klinikums, des Gesundheits- und medizinischen Forschungsstandorts vorantreiben
1931 und insbesondere die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen schaffen.

1932 Ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Präsidium der Philipps-Universität,
1933 sowie der Geschäftsleitung und den Vertreter*innen der Beschäftigten des
1934 Universitätsklinikums einerseits und den politischen Gremien der Stadt
1935 andererseits ist essentiell für das Gelingen einer nachhaltigen und
1936 strategischen Entwicklung. Nur so können die Herausforderungen der Zukunft
1937 angepackt und Lösungen gefunden werden.

1938 Pharmastandort

1939 Die Pharmastandorte Görzhäuser Hof und Marbach sind von zentraler wirtschaftlicher
1940 Bedeutung für unsere Stadt. Ein Großteil der Arbeitsplätze für viele Menschen
1941 aus Marburg und dem Umland werden dort zur Verfügung gestellt und auch
1942 finanziell sind die Pharmaunternehmen mit ihrem Gewerbesteueraufkommen
1943 lebenswichtig für unsere Stadt.

1944 Bereits in der Vergangenheit war uns ein guter Austausch zwischen der Stadt und
1945 den Unternehmen am Behring-Standort wichtig. Unser Ziel war es dabei, den
1946 Standort zu stärken und gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen, die dort
1947 arbeiten, aber auch derjenigen, die im Umkreis leben, im Blick zu haben. Dieser
1948 Dialog muss im Sinne der Unternehmen, der Beschäftigten und der Menschen in der
1949 Region weitergeführt werden.

1950 Zur Standortstärkung gehört im Rahmen einer guten Infrastruktur auch die gute
1951 Erreichbarkeit der Standorte mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Rad.
1952 Jobtickets sowie ÖPNV- und Radwegeausbau müssen daher hohe Priorität haben.
1953 Darüber hinaus sind bestehende Konzepte zur nachhaltigen Gestaltung der
1954 Standortflächen wie auch der Produktionsprozesse weiterzuführen und konkrete
1955 Zukunftsstrategien zu vereinbaren, die allen Beteiligten –
1956 Unternehmensleitungen, Beschäftigten und Stadtpolitik bzw. -verwaltung –
1957 Transparenz und einen Handlungsrahmen bieten.

1958 Die gewerbliche Entwicklung am Görzhäuser Hof sollte daher auch allein der
1959 Zukunftsfähigkeit der Pharmaindustrie dienen und entsprechend ausgestaltet
1960 werden.

1961 Gewerbeflächenentwicklung

1962 Marburgs Topographie stellt auch die Gewerbeflächenentwicklung vor große
1963 Herausforderungen.

1964 Die noch vorhandenen und potentiellen Flächen müssen daher sorgfältig sowohl für
1965 die Ansiedlung neuer Unternehmen als auch als Ersatzflächen für in Marburg
1966 ansässige Betriebe verwendet werden, die aus eigenem Wunsch ihren Standort
1967 ändern wollen. Letzterem kommt in den nächsten Jahren eine sehr hohe Bedeutung
1968 zu, wenn die Wohnungsnachfrage anhält und Teile von ehemaligen innerstädtischen
1969 Gewerbeflächen einer Mischnutzung zugeführt werden.

1970 Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die zunehmende Bedeutung des
1971 Klimawandels muss die Reduzierung des Flächenverbrauchs und der -versiegelung im
1972 Fokus der künftigen Gewerbeflächenentwicklung stehen.

1973 In diesem Sinne wollen wir Dienstleistungsgewerbe und Einzelhandel nach
1974 Möglichkeit im Rahmen von Mischgebieten, gemeinsam mit Wohnnutzungen z.B. durch
1975 Aufstockungen ermöglichen.

1976 Flächen für produzierendes Gewerbe wollen wir nach Möglichkeit primär in
1977 verkehrsgünstiger Lage entlang der B3 und der Main-Weser-Bahn ansiedeln, um
1978 Verkehrsbelastungen in Wohngebieten zu vermeiden und eine optimale und
1979 attraktive Erreichbarkeit zu gewährleisten.

1980 Bei der Schaffung von Gewerbeflächen muss in Zukunft aber auch verstärkt die
1981 interkommunale Zusammenarbeit greifen. Gemeinsam mit Marburgs Nachbargemeinden
1982 können Gebiete erschlossen werden, die zwar außerhalb Marburgs aber dennoch
1983 stadtnah liegen, gut angebunden sind und deren gewerbliche Entwicklung Marburg
1984 und den Nachbarkommunen gleichermaßen Vorteile bringt, Flächenfraß vermeidet und
1985 ruinöse Standortkonkurrenzen mindert.

1986 Bei der zukünftigen Ausweisung wie auch im Bestand wollen wir die ökologische
1987 Nachhaltigkeit von Gewerbegebieten stärker in den Blick nehmen. Dazu wollen wir
1988 ökologische Gewerbegebiete in Marburg entwickeln und Bestandsgebiete ökologisch
1989 umgestalten. Dazu wollen wir Anreize schaffen und Kooperationen mit den
1990 Unternehmen herstellen.

1991 Einzelhandel

1992 Marburg ist Einkaufsstadt und touristische Attraktion. Die Einkaufsstadt mit der
1993 Oberstadt als unverwechselbarem Kleinod und Zentrum bietet einmaliges Flair, das
1994 mit einer guten Stadtgestaltung und einem individuellen Angebotsmix erhalten
1995 bleiben muss. Investitionen in das Umfeld sind ebenso wichtig wie gemeinsam mit
1996 dem Einzelhandel getragene kulturelle und touristische Aktionen, die Publikum
1997 anziehen. Hierzu zählen neben Einkaufswochenenden auch attraktive Wochenmärkte,
1998 die an ihren Standorten gestärkt und mit klarem Profil regionaler Produktion
1999 ausgebaut werden müssen.

2000 Entsprechend der von der Stadt in Auftrag gegebenen Einzelhandelsstudie muss zur
2001 Aufrechterhaltung der vorhandenen Innenstadtlagen und der Einzelhandelsstruktur
2002 Wert darauf gelegt werden, dass keine Flächen für großflächigen Einzelhandel
2003 außerhalb der Innenstadt entstehen. Die jetzige Struktur mit der Innenstadt
2004 einerseits und den Gewerbegebieten Cappel und Wehrda einerseits hat sich bewährt
2005 und darf nicht geschwächt werden.

2006 Für die Attraktivität der Innenstadt - insbesondere der Oberstadt – fordern wir
2007 ein Quartiersmanagement, das schnell gemeinsam mit dem Handel auf Leerstände und
2008 andere Fehlentwicklungen reagieren kann.

2009 Finanzen, Steuern und Abgaben

2010 Bund und Land müssen Kommunen angemessen ausstatten. Die Kommunen sind für ihre
2011 vielfältigen Aufgaben inhaltlich gut aufgestellt - auch die Stadt Marburg. Für
2012 viele Aufgaben fehlt es aber an der notwendigen Finanzierung durch den Bund und
2013 das Land. Wir fordern daher, dass der Bund und die Länder die kommunale Ebene so
2014 gut ausstatten, dass vor Ort genügend Mittel zur Verfügung stehen. Die momentane
2015 Situation führt z.B. dazu, dass Städte und Gemeinden strukturell nicht genügend
2016 in den Erhalt ihrer Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Bäder, Sportanlagen,
2017 Straßen etc.) investieren können. Diese Vernachlässigung wegen Geldmangels wird
2018 sich mittelfristig böse bemerkbar machen bzw. vielerorts tut sie das bereits.

2019 Eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist für uns kein Tabu, sie muss allerdings mit
2020 der Finanzierung konkreter Projekte und Investitionen in den Klimaschutz, die
2021 Verkehrswende, die Energiewende, die Finanzierung der sozialen Infrastruktur und
2022 die Schaffung bezahlbaren Wohnraums begründet bzw. die Mehreinnahmen dafür
2023 verwendet werden. Ein Mehrwert für den Standort Marburg muss entstehen, von dem
2024 alle profitieren, sowohl die Unternehmen selbst als auch die Bevölkerung.

2025 Die Finanzpolitik der Stadt muss sich an den Erfordernissen des Klimaschutzes
2026 und des sozialen Zusammenhalts orientieren und Investitionsfähigkeit bei
2027 gleichzeitiger finanzieller Nachhaltigkeit gewährleisten. Eine kommunale
2028 „schwarze Null“ lehnen wir ab. Eine solche Politik beraubt der Stadt
2029 Handlungsspielräume, um auf veränderte ökonomische, ökologische und soziale
2030 Rahmenbedingungen reagieren zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass städtische
2031 Ausgaben und Einnahmen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Wir treten für
2032 eine solide Absicherung unserer Aufgaben in den Bereichen Kinderbetreuung und
2033 Schule ein; ferner stehen wir dafür, dass die erreichten Standards in den
2034 sozialen, kulturellen und sportlichen Bereichen der Stadt aufrecht erhalten und
2035 ausgebaut werden und dass die Stadt hierfür auch freiwillig Leistungen
2036 aufwendet.

2037 Neue Projekte und Initiativen oder die Ausweitung der Zuschüsse an bestehende
2038 Initiativen bedürfen aber immer der Prüfung, ob die Stadt ein solches Engagement
2039 auch dauerhaft tragen kann. Nur mit einer soliden Finanzpolitik kann die Stadt
2040 gemeinsam mit Vereinen und Initiativen unsere erreichten Standards auch
2041 verlässlich sichern.

2042 Alternatives Wirtschaften

2043 Solidarische Ökonomie ist für uns ein wichtiger und zu stärkeender Aspekt des –
2044 auch kommunalen - Wirtschaftens. Solidarökonomische Projekte stellen die
2045 Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt bzw. versuchen, ökologisch und
2046 sozial sinnvoll zu sein und zielen nicht auf das Erwirtschaften maximaler
2047 Rendite. Darüber hinaus basieren sie auf der Idee, dass alle Menschen als Teil
2048 der Gesellschaft sinnvolle und nützliche Beiträge für den Fortschritt der
2049 Menschheit leisten können.

2050 In Marburg gibt es eine Vielzahl von Projekten, die - z.B. als schon lange
2051 bestehende Projekte der Beschäftigungsförderung - sich das Ziel der
2052 Wiederverwendung von Produkten, der Reparatur von Dingen oder dem Tauschgedanken
2053 verschrieben haben. Daneben gibt es viele Ansätze wie den Weltladen, RADIKATE,
2054 Gartenwerkstatt, Freiwilligenagentur, interkulturelle Gärten, SoLaWi,
2055 Repaircafé, Plunderwunder u.v.a., die mit ganz unterschiedlichen Ansätzen das
2056 Ziel verfolgen, in Marburg im besten Sinne nachhaltig zu sein und gleichzeitig
2057 auch die Ziele einer gerechten und solidarischen Welt im Blick zu haben. Wir
2058 Grüne wollen solche Ansätze stärken und gezielt auf kommunaler Ebene fördern, da
2059 sie nicht nur ein wichtiger Faktor für Beschäftigung und Ausbildung in unserer
2060 Kommune sind, sondern weil die solidarische Ökonomie auch das Potential hat, die
2061 Postulate einer Finanz- und Wachstumsökonomie, die der Realität zunehmend
2062 weniger standhalten, zu überwinden.

2063 Daneben stellt die wachsenden Anklang findende Idee der Gemeinwohl-Ökonomie eine
2064 Möglichkeit dar, Kriterien und Kennzahlen zu entwickeln, um den Wert einer
2065 Unternehmung für das Allgemeinwohl zu messen. Diesen Ansatz wollen wir

2066 unterstützen und auf die lokale Wirtschaft übertragen helfen. Unsere städtischen
2067 Betriebe sollten hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

2068 Wohnen in Marburg: Bezahlbar und barrierefrei

2069 Marburg ist eine wachsende und moderne Stadt mit historischem Kern und hoher
2070 Lebensqualität.

2071 Wie auch viele andere Universitätsstädte sorgt die wachsende Attraktivität auch
2072 in Marburg für ein steigendes Mietniveau, dem in den vergangenen Jahren trotz
2073 allem Beschwören von Seiten der rot-schwarzen Stadtregierung nicht wirksam etwas
2074 entgegengestellt wurde, obwohl die Landesregierung finanzielle Mittel in nie da
2075 gewesener Höhe bereitstellt. Sie müssen vor Ort genutzt werden!

2076 Wir wollen bezahlbare Mieten für unterschiedliche Bedürfnisse und damit die
2077 soziale Durchmischung in unseren Quartieren und Stadtteilen sicherstellen. Neben
2078 geförderten Wohnungen umfasst dies Wohnungen für Familien mit Kindern und
2079 Alleinerziehende, junge Wissenschaftler*innen, Angestellte und Arbeiter*innen
2080 deren Einkommen knapp oberhalb der Einkommengrenzen für Sozialwohnungen liegen.
2081 Dies muss auch für barrierefreie Wohnungen für ältere und behinderte Menschen
2082 gelten. In Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften müssen auch für diese
2083 Personengruppe angemessene Wohnungen geschaffen werden.

2084 Mit Hilfe unterschiedlicher Instrumente und Initiativen wollen wir in
2085 bestehenden Quartieren bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten. Mit dem
2086 Milieuschutz wollen wir Verdrängung durch bauliche Veränderungen und die
2087 Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern, wenn dies der sozialen
2088 Durchmischung entgegensteht. Durch den Ankauf von Belegungsrechten sollen
2089 Sozialwohnungen erhalten und im Bestand neu geschaffen werden.

2090 Der Neubau von Wohnungen in Marburg ist in Teilen notwendig, muss aber
2091 ökologisch verträglich sein und Bezahlbarkeit schaffen. Dazu soll die Quote für
2092 geförderten Wohnungsbau in Marburg erhöht werden und bei jedem Bauprojekt
2093 ausnahmslos gelten. Unsere städtische GeWoBau wollen wir weiter stärken und sie
2094 mit einem Mietendeckel zum Flaggschiff der sozialen Wohnraumversorgung in
2095 Marburg machen. Darüber hinaus wollen wir in Kooperation mit weiteren
2096 gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und Haus- oder
2097 Baugemeinschaften den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum decken.

2098 Marburg benötigt weiterhin mehr preiswerten Wohnraum für die hohe Zahl von
2099 Studierenden. Dazu gehören Wohnheime, private Zimmer, Wohnungen für
2100 Wohngemeinschaften, aber auch innovative Formen studentischen Wohnens wie „Alt-
2101 Jung-Projekte“ oder selbst organisierte Projekte.

2102 Unterstützen wollen wir auch innovative Ideen für preisgünstigen Miet- und
2103 Eigentumswohnbau, insbesondere für Familien mit geringerem Einkommen. Gleiches
2104 gilt für das Mehrgenerationenwohnen.

2105 Die energetische Modernisierung insbesondere der älteren Mehrfamilienhäuser ist
2106 ein wichtiges soziales Ziel und ein zentraler Baustein im Klimaschutz. Zugige
2107 Fenster, eine mangelhafte Fassadendämmung und alte Heizungen sind der Grund für
2108 hohe Energiekosten und für gesundheitsgefährdende Schimmelbildungen. In unserer
2109 Regierungszeit bis 2016 haben wir ein Klimakonzept für die Gesamtstadt
2110 erarbeitet und in der Folge das kommunales Förderprogramm „Sozialer Klimabonus“
2111 für den Marburger Richtsberg aufgelegt. Wir wollen erreichen, dass die Mieten

2112 auch dann noch sozial stabil bleiben, wenn hocheffizient saniert wird.

2113 Allerdings: Das Förderprogramm ist ein Angebot an die Wohnungsbaugesellschaften:

2114 Sie müssen handeln.

2115 Wir GRÜNE wollen:

- 2116 • eine verstärkte Förderung des sozialen und preiswerten Wohnungsbaus;
- 2117 • dafür Sorge tragen, dass für Personen und Familien mit geringerem
2118 Einkommen hinreichend angemessener Wohnraum zur Verfügung steht;
- 2119 • in Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften den Bedarf an preiswerten
2120 barrierefreien Wohnungen decken;
- 2121 • keine Privatisierung, sondern eine Stärkung unserer städtischen GeWoBau;
- 2122 • keine Privatisierung von Wohnungen der gemeinnützigen
2123 Wohnungsbaugesellschaften;
- 2124 • eine Deckelung der Kaltmieten bei der GeWoBau in Höhe von 7,50 Euro/m²
2125 einführen;
- 2126 • die Quote für geförderten Wohnungsbau (Sozialquote) auf mind. 30 Prozent
2127 erhöhen;
- 2128 • zur Versorgung mit Wohnungen für einkommensschwache Bevölkerungsschichten
2129 vermehrt Belegungsrechte für Sozialwohnungen ankaufen;
- 2130 • Verdrängung/Gentrifizierung durch Instrumente wie den Milieuschutz
2131 entgegenwirken;
- 2132 • innovative und gemeinschaftliche Wohnformen wie Genossenschaften, Haus-
2133 oder Baugemeinschaften stärken und fördern, z.B. mit einem Fonds für
2134 gemeinschaftliche Wohnprojekte;
- 2135 • die energetische Modernisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes;
- 2136 • die Förderung der energetischen Modernisierung privaten Wohnraums;
- 2137 • die Ausweitung des Wohnungsangebots für Studierende;
- 2138 • die Wohnraumberatung der Stadt stärken und die Zuständigkeit für alle
2139 Fragen der Wohnraumversorgung bündeln.